Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1930

288 (10.12.1930)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 30 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark. Ohne Zustellung 2.20 Mark. Durch die Post 2.66 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postscheckkonto 2650 Karlsruhe. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28. Fernruf 7020 und 7021. Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstraße 9; B.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 5

Nummer 288 — Karlsruhe, Mittwoch, den 10. Dezember 1930 — 50. Jahrgang

Pensionskürzungsdebatte im Reichstag

Sozialdemokraten und Kommunisten für starke Kürzung der hohen Pensionen
Nationalsozialisten schützen die großen Pensionen der hohen Beamten und Generäle

Der Wahlschwindel der Hakenkreuzler entlarvt

Berlin, 9. Dez. (Eig. Draht.) Kurz vor der Auflösung des vorigen Reichstags brachten die **Sozialdemokraten** zum so und soviellten Male den Antrag ein, die **Höchstgrenze für Pensionen auf 12 000** Mark festzusetzen. Es gelang ihr damals, im **Haushaltsausschuß** einen Antrag eine Mehrheit zu erringen. In der Furcht vor Auflösung wagten auch die bürgerlichen Parteien damals **nicht**, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Der Antrag wurde aber wegen der wenigen Tage später erfolgten Auflösung erledigt. Nun hat die **Reichsregierung** inzwischen einen **Pensionsgesetzentwurf** vorgelegt, der freilich **weit hinter** den sozialdemokratischen Forderungen zurückbleibt. Der **Gesetzentwurf** sieht **Höchstpensionen** vor, sondern bringt lediglich die Abrechnung des Arbeitseinkommen auf das Ruhegeld, soweit das Arbeitseinkommen 6000 Reichsmark übersteigt. Bis zur Höhe von 6000 Mark bleibt das Einkommen für eine Kürzung des Ruhegehalts außer Betracht. Auch wenn Pension und Nebeneinkommen den Betrag von 9000 Mark nicht übersteigen, tritt keine Kürzung ein. Man konnte annehmen, daß ein so schwacher Gesetzentwurf in der Sommer Notzeit im Reichstag lediglich Wünsche nach einer Verschärfung der Pensionskürzung laut werden lassen müßte. Die Dienstberatung des Reichstags, in der der Entwurf der Reichsregierung zur Debatte stand, verlief aber ganz anders.

Abg. Roßmann (Soz.)

seit Jahren führend die Pensionskürzungen verlangt, forderte eine entsprechende Verbesserung des Gesetzes, aber er stieß bei der Rechten auf **stürmischen Widerspruch. Am lautesten gebärdeten sich**

die Nationalsozialisten als Schutztruppe der Großpensionäre.

Roßmann stellte fest, daß unter den 107 Nationalsozialisten sich nicht weniger als 35 Beamte, Wartegeldempfänger und Ruhegehaltsempfänger befinden, also ein Drittel der gesamten nationalsozialistischen Fraktion. Roßmann erinnerte daran, daß wiederholt die Sozialdemokratie für ihre Pensionskürzungsanträge die einfache Mehrheit im Hause erhalten habe. Die notwendige verfassungsändernde Mehrheit sei aber nicht zustande gekommen. Unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung im Jahre 1923 sei einmal ein Pensionskürzungsgesetz durchgeführt worden, jedoch hätten es die Deutschnationalen bei ihrem Regierungsantritt im Jahre 1925 sofort wieder beseitigt. Minutenlange Tobsuchtsanfälle gab es bei den Nationalsozialisten, als Roßmann

nachwies, daß an 800 Generäle, Admirale und Prinzen bis zu 19000 Mark Pension gezahlt

wurde. Auch der Meuterer v. Lossow erhält eine hohe Pension. Roßmann verlangte, daß eine genaue Denkschrift nicht nur über die Pensionen im Reiche, sondern in Ländern und Gemeinden vorgelegt werde, dann werde sich zeigen, daß überall

nicht die Sozialdemokratie, sondern die Feinde der Republik an der Futterkrippe

hängen. An dem Gesetzentwurf rügte Roßmann, daß er nicht die Entspannung bringe.

Die Sozialdemokratie werde auf schärfere Kürzungsbestimmungen

Der Naziredner für Großpensionäre

Anschließend sprach für die Nationalsozialisten der Abgeordnete Sprenger, seines Zeichens Postinspektor. Der gute Mann verbreitete zum wachsenden Entsetzen seiner Fraktion den Reichstag einer Tagung höherer Reichs- und Staatsbeamter. **Er wußte nichts von der Not der Arbeiter und Angestellten,** der Beamten, der Arbeitsbauern und des Mittelstandes. Frischweg trat er für alles andere als für möglichst **hohe Beamtengehälter** und möglichst **hohe Beamtenpensionen** ein. Dabei vergaß er ganz, daß dieser Gesetzentwurf sämtliche **unteren und mittleren** Beamten und auch **allermeisten höheren Beamten ganz ungeschoren** läßt.

Das Pensionskürzungsgesetz trifft wirklich nur die allerhöchsten Pensionen, aber auch die will der nationalsozialistische Abgeordnete Sprenger unangetastet lassen.

Beschwor den Reichstag, nur mit allergrößter Vorsicht an diesen Gesetzentwurf heranzugehen.

Die **Sozialdemokratie** begleitete die Rede ständig mit Zwischenrufen: „Nazi für Großpensionen", „Nazi für Frickpensionen". Sprenger **bedauerte,** daß durch die Hetze der Linken überhaupt die Frage der Pensionskürzung auf die **Tagesordnung** gebracht worden ist. In jedem Satz gab sich Sprenger Blößen. Als er davon sprach, daß Parteibeamte den Berufsbeamten vorgesetzt würden, brüllte der halbe Reichstag: „Thüringen!" Als er sich gegen den Gesetzentwurf der Beamten erklärte, schallten ihm hundertfache Rufe entgegen: „Thüringen und Braunschweig!" Dann verhedderte er sich, als ihm zugerufen wurde, daß das faschistische **Italien** die **Beamtengehälter um ein Drittel kürze.** Das, so sagte Sprenger, sei keine Gehaltskürzung, sondern nur eine **Anpassung** an die veränderten Währungsverhältnisse. Minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause, die Nazifraktion ausgeschlossen.

Die Nazirede für Großpensionäre wurde noch unterstrichen durch den deutschnationalen Abgeordneten **Laverenz,** der **den Nationalsozialisten den Dank** seiner Partei für ihre Haltung aussprach. Die Großpensionärkürzung, sagte Laverenz, sei nur Mache des Marxismus. Die deutschnationale Fraktion regte sich überhaupt stark über die Pensionskürzung auf. Man hörte Rufe wie Skandal und anderes. Allerdings hat die deutschnationale Fraktion **Grund für diese Aufregung,** denn sowohl bei ihr wie bei den Nationalsozialisten sitzen **die Futterkrippenjäger** zu Dutzenden.

Der Kommunist **Torgler** ließ sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen, den Nationalsozialisten vorzuhalten, daß sie

im Wahlkampf gegen die Großpensionen gehetzt hätten und nun im Reichstag für die Aufrechterhaltung der „wohlerworbenen Rechte" auch der Riesenpensionen sprechen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Sprenger hatte nämlich die wundervolle Theorie entwickelt, daß die höchsten Beamten auch sehr hohe Pensionen beziehen müßten, weil ihnen bei ihrer Amtstätigkeit entsprechend niedrige Gehälter gezahlt worden seien. Der Kommunist Torgler erregte noch einige Sensation durch die **Verlesung eines Bettelbriefes,** den die Ortsgruppe Jülich der Nationalsozialisten an eine **dortige Papierfabrik** gerichtet hat.

Der Volksparteiler **Morath** lehnte jede Pensionskürzung namens seiner Partei ab.

Freundlicher stellte sich der Zentrumsabgeordnete **Krone** zu dem Kürzungsgesetz. Freilich verteidigte auch er die hohen Oberbürgermeistergehälter, die ein Teil seiner Freunde bezieht.

Gegen 6 Uhr wurde die **Fortsetzung** der Debatte auf **Mittwoch** vertagt.

Nationalsozialistische Demaskierung bei Steuerabstimmung

Das Haus trat dann in die Abstimmung über zahlreiche Anträge ein. Ein großer Teil davon wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Die Kommunisten legten einen langen Gesetzentwurf zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vor und beantragten bei zahlreichen Positionen namentliche Abstimmung. Dies hatte den Vorzug, die Nationalsozialisten in Verlegenheit zu bringen. Ein Abschnitt des kommunistischen Antrags verlangte, daß alle Vermögen über 500 000 Mark, alle Dividenden und sonstigen Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen, alle Aufsichtsratstantiemen und ähnliche Vergünstigungen, alle Einkommen über 50 000 Mark mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent jährlich belastet werden sollen. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten stimmten den Antrag nieder. Er wurde also abgelehnt. Die Nationalsozialisten wagten nicht, ihren Geldgebern eine Sondersteuer aufzuerlegen. Die Abstimmung zeigte, was von dem nationalsozialistischen Schwindel einer Enteignung der Bank- und Börsenfürsten zu halten ist.

Außenpolitische Debatte vertagt

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für **Mittwoch** kam es zu der großen Entscheidung, ob über die **außenpolitischen Anträge beraten** werden soll. Die gesamte Opposition verfolgte mit diesem Vorstoß das Ziel, den **Reichsaußenminister Dr. Curtius zu stürzen** und dadurch eine allgemeine **politische Krise** heraufzubeschwören. Für die außenpolitische Beratung sprachen der Nationalsozialist Dr. **Frick,** der Deutschnationale **Freytagh-Loringhoven,** der Kommunist **Stöcker** und der Deutschnationale Dr. **Kleiner. Dagegen** redete in längeren Ausführungen der oberschlesische Zentrumsabgeordnete **Ulitzka** auf Grund seiner Besprechungen auch mit Deutschen in Polnisch-Oberschlesien. Er vertrat den Standpunkt, daß eine **außenpolitische Debatte** in diesem Augenblick nur zum **Schaden der deutschen Minderheit** in Polen ausschlagen werde. Der Deutschnationale Dr. **Kleiner** vertrat den gegenteiligen Standpunkt. Er wurde aber zur **komischen Figur,** als dieser Chauvinist auf einmal von der außenpolitischen Debatte eine Einwirkung auf das Weltgewissen erwartete. Der Kommunist **Jadasch** warf übrigens dem Deutschnationalen Dr. Kleiner vor, daß dieser sich **während der oberschlesischen Aufstände** nicht an der Front, sondern **in der Etappe** befunden habe. Kleiner konnte darauf nichts anderes erwidern, als daß er in der entscheidenden Zeit Hauptschriftleiter der Ostdeutschen Morgenpost gewesen sei (sozialdemokratischer Zuruf: Also hat er **mit Tinte geschossen**), aber auch zeitweise am Annaberg gewesen sei, ob an der Front oder in der Etappe, wie Jadasch behauptete, wurde nicht klargestellt.

Abg. Dr. **Breitscheid** gab für die Sozialdemokratie die Erklärung ab, die Geschäftsordnungsgebatte habe genügend bewiesen, daß eine **einheitliche Kundgebung nicht möglich** sei. Mit Reden, wie sie gehalten worden seien, könne man **weder den Interessen der deutschen Minderheit** in Polen, **noch denen des deutschen Landes** dienen. Das bestärke die Sozialdemokratie in der Auffassung, jetzt **keine außenpolitische Debatte** zuzulassen.

Mit knapper Mehrheit, die dadurch geschaffen wurde, daß auch die Volksnationalen und Christlich-Sozialen gegen die außenpolitische Debatte stimmten, wurde der Antrag abgelehnt, am Mittwoch die außenpolitischen Anträge auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Ablehnung verfällt ebenfalls ein deutschnationaler Geschäftsordnungsantrag, auf die Tagesordnung die Anträge zu bringen, die die Auszahlung der Polizeikosten an den Staat Preußen aus den Reichskassen unterbinden wollen. Auch dieser Antrag bleibt also zurückgestellt.

Gegen 9 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch.

107 Nazi schützen das Kapital

Enthüllung der Nazisprüche im Reichstag

In der gestrigen Reichstagssitzung stimmte die nationalsozialistische Fraktion geschlossen gegen folgende Anträge:

1. Alle Vermögen über 500 000 ℳ werden einer einmaligen Steuer von 20 vom Hundert unterworfen.

2. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 vom Hundert der Ausschüttung unterworfen.

3. Alle Aufsichtsratstantiemen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert.

4. Alle Einkommen über 50 000 Reichsmark werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert jährlich belegt.

Infolge der kapitalfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Anträge mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt.

Für die Anträge stimmten nur Sozialdemokraten und Kommunisten.

Hätten die Nationalsozialisten für diese Anträge gestimmt, so wären sie mit etwa 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden.

Am 9. Dezember haben sich die Nationalsozialisten selbst die Maske vom Gesicht gerissen, sie sind und bleiben entgegen allen ihren Versicherungen und Ankündigungen die Schutztruppe des Kapitals.

Neue Zollpläne Schieles

Die Schraube ohne Ende

Berlin, 10. Dez. (Funkdienst.) Das Reichskabinett befaßte sich am Dienstag abend in einer Sitzung, die bis in die Nachtstunden hinein dauerte, mit neuen Plänen des Reichsernährungsministers Schiele. Schieles Bemühungen gehen schon seit längerer Zeit dahin, das Kabinett zu weitgehenden Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen zu veranlassen. Die Forderungen gehen so weit, daß sie selbst mit dem bestehenden Handelsvertragssystem nicht in Einklang zu bringen sind und den Abschluß künftiger Handelsverträge erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen würden.

Amerika gegen Reparations-Neuregelung

Ein deutlicher Wink.

Washington, 10. Dez. (Funkdienst.) Von zuständiger Seite wurde am Dienstag erklärt, daß man keineswegs beabsichtige, die Verwendung der alliierten Schuldenzahlungen neu zu regeln, sondern man an dem Programm festhalte, wonach die Zahlungen zur Abtragung der öffentlichen Schuld und Ermäßigung der Steuerlast des amerikanischen Volkes benutzt werden sollen. Diese Erklärung, die zwar nicht von Hoover direkt abgegeben wurde, aber auf seine Initiative zurückzuführen ist, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und läßt erkennen, daß alle Bemühungen um eine baldige Revision des Youngplanes vorerst keineswegs von einem Erfolg begleitet sein würden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Das Konjunkturinstitut zur Wirtschaftskrise

Der Weg zur Besserung erfordert Belebung des Konsums durch Kaufkrafthebung und Preissenkung

Das **Institut der Konjunkturforschung** trifft in seinem letzten Vierteljahresbericht für die weltwirtschaftliche Krisenlage Ende November folgende Feststellung:

„Der weltwirtschaftliche Konjunkturrückschlag hat eine Ausdehnung und Intensität angenommen, wie das in der modernen Wirtschaftsentwicklung noch niemals zuvor beobachtet werden konnte ... Der Rückgang hält in der industriellen Produktion, im Verkehr und vor allem im Außenhandel unvermindert scharf an. Die Lagerbestände zeigen kaum eine wesentliche Entlastung. Dennoch hat sich das Rückgangstempo der Weltmarktpreise verlangsamt. Die Entspannung der Kapitalmärkte schreitet fort, die industrielle Investitionstätigkeit bleibt aber gering. Nahezu alle Volkswirtschaften befinden sich noch in fortschreitender Abschwungsbewegung. Eindeutige Anzeichen für einen bevorstehenden Tendenzumschwung sind nirgends zu erkennen. Durch die zwangsläufige Wechselwirkung von äußerem und innerem Kaufkraftschwund der Volkswirtschaften bietet die Weltwirtschaft gegenwärtig das Bild mannigfaltiger und dabei sich verschärfender Krisen- und Depressionserscheinungen."

Ueber die **deutsche Konjunkturlage** Ende November 1930 heißt **es**:

„Der gegenwärtige Konjunkturrückschlag ist von einer in Deutschland kaum jemals erlebten Schwere. Mitte 1930 begannen vereinzelte Anzeichen einer sich langsam anbahnenden Festigung der Wirtschaftslage hervorzutreten. Die Vertrauenskrisis hat diese Ansätze vernichtet. Der Kapitalmarkt verknappte sich wieder, die Auftragseingänge gingen erneut zurück. Die Arbeitslosigkeit erstreckt sich auf 3½ Millionen Menschen; ungefähr ein Sechstel der Arbeiter und Angestellten sind aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Dabei ist für die kommenden Monate — schon aus saisonmäßigen Gründen — mit einer wachsenden Belastung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Der Absatz auf dem Binnenmarkt ist weiter gesunken. Die Ausfuhr ist zwar saisonmäßig gestiegen, nennenswerte Exportfortschritte sind aber bei der an Ausdehnung und Intensität noch zunehmenden weltwirtschaftlichen Depression zunächst nicht zu erwarten. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß sich die Konjunktur weiter verschlechtert. Ein starkes Gegengewicht gegen die zu weiterem Rückgang drängenden Faktoren würde jedoch die Beseitigung der politisch bedingten Vertrauenskrisis bilden."

Als ausschlaggebende Ursache der Weltkrise wird erneut, wie es schon ausführlich im vorangegangenen Vierteljahresbericht geschehen war, das **Zurückbleiben des Konsums hinter der Entwicklung der Produktivkräfte** und die ungleichmäßige Entwicklung von Produktionsmittel- und Verbrauchsgüterindustrien unterstrichen: „Der **Produktionsapparat** der Weltwirtschaft ist in den letzten 10 Jahren **stärker** gewachsen als der Konsumtionsapparat. Als verschärfende Momente kommen die **Starrheit der Produktionsgüterpreise** hinzu, die sich infolge der starken monopolistischen Bindungen herausgebildet hat.

Für die deutsche Krise wird auf die Verschärfung hingewiesen, die durch den **Ausfall der Reichstagswahlen** (verstärkte Vertrauenskrise der inländischen und ausländischen Kapitalgeber sowie **die** sprunghafte Zunahme der Kapitalflucht) eingetreten ist. Auch auf die Produktion hat die verschärfte **politische Nervosität** zurückgewirkt und eine noch stärkere Zurückhaltung in der Auftragserteilung usw. bewirkt.

Das Institut für Konjunkturforschung hält die Wiederbelebung der Wirtschaft von der Investitionsseite wie von der Exportseite her für kaum möglich. Weder für eine Investitionskonjunktur noch für eine Exportkonjunktur sind die Voraussetzungen gegeben. Bleibt als **einziger Ausweg die Belebung von der Konsumseite** her.

„Die Entfaltung der Konsumkonjunktur ist — von Lohnerhöhungen abgesehen, die den Export verhindern und die Investitionstätigkeit schwer treffen würden — im wesentlichen nur durch eine den Einkommensausfall überkompensierende Ermäßigung der Preise, vor allem im Einzelhandel und im Handwerk, denkbar."

Wenn dann weiterhin gesagt wird, daß auch diese Entwicklung wenig Wahrscheinlichkeit hat, vor allem weil die Arbeitslosigkeit, der Lohn- und Gehaltsabbau weiter um sich greift, so müssen wir uns dieser **fatalistischen Auffassung aufs stärkste widersetzen.** Wenn man, wie es in dem Konjunkturbericht geschehen ist, **erkannt** hat, daß die außerordentliche Schwere der deutschen Krise in erster Reihe auf den ungewöhnlich starken mengemäßigen Absatzrückgang, die **ungenügende Durchsetzung des Preisabbaus** bei starkem Kaufkraftausfall durch Arbeitslosigkeit und bereits effektiv eingetretene Lohnsenkungen zurückzuführen ist, so **kommt es eben** darauf an, diese Hemmungen aus dem Wege zu räumen und durch fühlbaren Preisabbau und **Abstoppen der Lohnabbauwelle** eine Belebung des Konsums herbeizuführen.

Rasche **Fortsetzung des Preisabbaus,** Erhaltung und **Hebung der Realkaufkraft** der Massen sowie Beseitigung der politisch bedingten Vertrauenskrise! — das sind die **unerläßlichen Voraussetzungen** für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

Das Institut für Konjunkturforschung gibt weiter in seinem letzten Vierteljahresbericht einen Ueberblick über die **Lohn- und Preisprobleme,** der wohl mit vieler Spannung erwartet worden ist. Der **Rückgang des Arbeitseinkommens** durch Arbeitslosigkeit und Verdienstminderung wird für das Jahr 1930 gegenüber dem Vorjahr auf **4 Milliarden Mark** veranschlagt. Das Arbeitseinkommen ist also bereits um rund 10 Prozent zurückgegangen. Es wird auch vom Institut für Konjunkturforschung bestätigt, daß die Verdienste der noch in Arbeit befindlichen Arbeiter und Angestellten unabhängig von einer Tariflohnsenkung effektiv bereits stark zurückgegangen sind. Eine Reihe von Symptomen „spricht dafür, daß bei der Industriearbeiterschaft der Rückgang der Durchschnittsverdienste **wahrscheinlich 5—10 Prozent beträgt.**" Die bisher eingetretene **Preissenkung** hat die nominellen Einkommensverluste bei weitem **nicht ausgleichen** können. Das Institut für Konjunkturforschung veranschlagt einen beträchtlichen mengenmäßigen Rückgang des Kleinhandelsabsatzes infolge dieser starken Schrumpfung des Arbeitseinkommens und schätzt den mengenmäßigen Absatzrückgang z. B. für Bekleidungswaren auf 5 bis 6 Prozent, für Hausrat auf 7—8 Prozent (diese Schätzungen scheinen uns noch zu niedrig gegriffen. Red.) Die erforderliche Anpassung der Preise ist bisher in Deutschland durch mannigfaltige Einflüsse aufgehalten worden. Die inlandsbestimmten Preise sind erst in allerletzter Zeit ein wenig nach unten gerichtet, aber die bisher eingetretene **Preissenkung ist unbedeutend.** Während die vorwiegend für den Weltmarkt bestimmten Preise seit Jahresfrist um 25 Prozent zurückgegangen sind, beträgt der Preisrückgang bei den vorwiegend inlandsbestimmten Preisen nur etwa 6 Prozent. Diese künstliche Preishochhaltung ist in erster Linie auf die ungerechtfertigte Preispolitik der marktbeherrschenden Monopolverbände zurückzuführen. Die Preise der Produktionsgüter, die in erster Reihe unter diese Gruppe fallen, sind seit ihrem Höchststand im August 1929 **nur um 2 Prozent** gesunken. Aber auch bei den Verbrauchsgütern entspricht der Preisrückgang, wie vom Institut für Konjunkturforschung festgestellt wird, nicht der durch die Senkung der Rohstoffpreise eingetretenen Kostenersparnis. „Die Rohstoffpreise der Verbrauchsgüterindustrien gingen seit ihrem Höhepunkt um 40 Prozent zurück. Unter Annahme eines Rohstoffanteils von 30 bis 40 Prozent wäre mit einem Rückgang der Fertigwarenpreise um etwa 14 Prozent zu rechnen. Der tatsächliche Rückgang der Preise beträgt 12,3 Prozent.

Die **Reichsregierung** weiß jetzt, **was sie zu tun hat,** und zwar rasch.

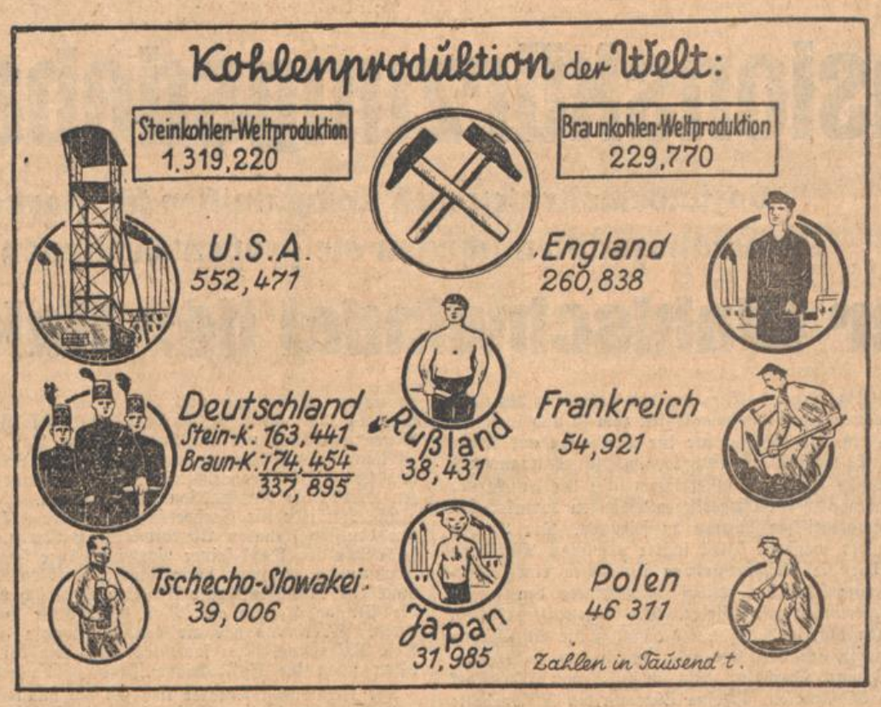
Internationale Bergarbeiterkonferenz in Berlin

Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiterinternationale hielt eine Konferenz in Berlin ab, an der Bergarbeitervertreter aus Deutschland, Oesterreich, Belgien, Frankreich, Holland, England, Schweden und der Tschechoslowakei teilnahmen.

Gestern wurden die Berichte über die Wirtschaftslage der verschiedenen Kohle produzierenden Länder entgegengenommen, aus denen hervorging, daß sich die Kohlenkrise überall verschärft und in Deutschland, England und Polen geradezu unerträgliche Verhältnisse geschaffen habe. Die Krise greife jetzt sogar auf Frankreich und Belgien über. Am Schlusse der Berichterstattung wurde eine Entschließung angenommen, in der der internationale Bergarbeiterausschuß feststellt, daß die Bemühungen des Völkerbundes eine Lösung des Kohlenproblems zu finden, bisher zu keinem genügenden Ergebnis geführt hätten. Angesichts der weiteren Verschärfung der Lage verlange die Bergarbeiterinternationale von neuem, daß der Völkerbund mit allem Nachdruck seine Arbeit wieder aufnimmt, um die Wege zur Ueberwindung der Kohlenkrise zu ebnen.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1 788 000, in der Krisenunterstützung rund 566 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme von rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung und eine Zunahme von rund 1 015 000 um 155 000 auf rund 1 200 000.) Aehnlich ist das Bild, das die Entwicklung der Zahl der Arbeitsuchenden gibt. Von den Arbeitsuchenden, die am 30. November bei den Arbeitsämtern verfügbar waren, sind etwa 3 762 000 als **Arbeitslose** zu zählen, d. h. etwa 204 000 oder 5,7 Prozent mehr als am 15. November.



Fortgesetzter Hakenkreuzkrach in Berlin

Berlin, 10. Dez. (Funkdienst.) Die Nationalsozialisten veranstalteten am Dienstag abend im Westen Berlins wiederum Demonstrationen gegen die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues". Dabei kam es ähnlich wie an den vorausgegangenen Abenden ebenfalls zu Störungen der öffentlichen Ordnung. Erst um Mitternacht trat eine Beruhigung ein. Unterdessen waren zahlreiche Personen wegen Beschimpfungen von Beamten, Widerstand gegen die Staatsgewalt und sonstigen Störungen festgenommen worden, so auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fabricius.

Wie lange darf die öffentliche Ordnung noch gestört werden und dem Ausland ein geradezu beschämendes Bild gegeben werden?

Nazi-Rowdy verurteilt

Halle, 19. Dez. (Eig. Ber.) Wegen gefährlicher **Körperverletzung** verurteilte das Schöffengericht Halle das **Mitglied der Nazipartei Jähne,** zu 6 Monaten Gefängnis.

Jähne hatte am 22. Juli **den Gausekretär des Reichsbanners** in Halle mit einigen seiner Kumpane **überfallen** und so lange mißhandelt, bis er bewußtlos am Boden liegen blieb. Als die Frau des Ueberfallenen ihrem Gatten beistehen wollte, stürzte der **Nazirowdy** auch **auf die Frau** mit dem Ruf: „Wer du Saustück" und **trat sie mehreremal in den Leib.** Wegen dieser Roheit erhielt Jähne einen Strafbefehl von 3 Monaten Gefängnis. Nur dank der Unverschämtheit, weil der Nazi mit der verhältnismäßig geringen Strafe nicht zufrieden war, war eine schärfere Bestrafung durch das Schöffengericht möglich, die dann entsprechend dem neuen Antrag des Staatsanwalts **auf 6 Monate** lautete. Mildernde Umstände wurden dem Angeklagten wegen der Tat und weil es sich um einen rohen Angriff auf eine Frau handelte, versagt.

Politischer Totschlag

Hagen, 9. Dez. (Eig. Draht.) Der **Totschlag an dem Nationalsozialisten Sander,** der vom Rad gerissen und mit einem Dolch gestochen wurde, konnte jetzt aufgeklärt werden. Die Polizei verhaftete **sieben der KPD. angehörige bzw. ihr nahestehende junge Leute,** die sich zum Zwecke des Ueberfalls zusammengeschlossen hatten. Der Haupttäter, der den durch einen Schlag mit einem Gummischlauch bereits Zusammengebrochenen mit einem Dolchstoß tötete, der 19jährige Zentarra, ist noch flüchtig. Nach der Tat haben sich **die Mordbuben** in der Wohnung eines Bekannten zu einem **Demespiel** zusammengefunden, um sich auf diese Weise ein Alibi zu verschaffen.

Bombenfund in Pirmasens

WTB. **Pirmasens,** 9. Dez. Gestern nachmittag entdeckte die Polizei bei neuen Erhebungen in der Bombenattentatsangelegenheit des kommunistischen antifaschistischen Bundes ein ganzes Lager von sprengfertigen Bomben. Etwa ein Dutzend dieser Bomben war aus alten Militärgranaten zumteil größten Kalibers hergestellt. Dazu wurde noch verschiedenes Material für die Herstellung von weiteren Sprengkörpern wie Sprengstoff, Zündhütchen, Zündschnüre usw. gefunden. 24 Personen wurden verhaftet.

Verbot von „Im Westen nichts Neues"?

Weicht Regierung dem Druck der Rechtsradikalen?

Berlin, 9. Dez. (Eig. Draht.) Außer Sachsen, Thüringen und Braunschweig haben nunmehr auch die Länderregierungen von Bayern und Württemberg an die Oberfilmprüfstelle in Berlin das Ansinnen gerichtet, den allabendlichen Radauszenen im Westen Berlins nachzugeben und die Aufführung des Bildstreifens „Im Westen nichts Neues" nicht länger zu gestatten.

Sozialdemokratischer Präsident im Danziger Volkstag

Danzig, 10. Dez. (Funkdienst.) Der **Danziger Volkstag** wählte den sozialdemokratischen Abgeordneten **Gehl** mit 34 von 63 Stimmen zu seinem ersten Präsidenten. Die Nationalsozialisten fielen mit ihrem Anspruch auf dieses Amt glänzend durch. Sie mußten sich mit dem ersten Vizepräsidenten begnügen.

Schluß der vorbereitenden Abrüstungskonferenz

Genf, 9. Dez. (Eig. Draht.) Am Dienstag hat die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten mit der Annahme eines völlig **unzureichenden Konventionsentwurfs** und eines Berichts an den Völkerbundsrat endgültig abgeschlossen. Geschichte und Ergebnis dieser lebhaftesten aller Völkerbundskommissionen haben deutlich gezeigt, daß bei den Regierungen der Staaten mit Rüstungsfreiheit **kein ernsthafter Wille zu einer wirksamen Abrüstung** besteht und daß das Problem einer solchen Abrüstung auf technischem Wege nicht lösbar ist.

Der **Völkerbundsrat** wird sich nun im Januar mit dem Problem der Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz zu befassen haben.

Aus den zahlreichen Schlußerklärungen ist hervorzuheben, daß **Lord Cecil**-England sehr **optimistisch** sprach und den Konventionsentwurf nur als Rahmen bezeichnete, in den die Konferenz füllen könne, was sie wolle. **Gibson**-USA. überraschte durch die trockene Feststellung, der Entwurf erfülle absolut **nicht die Erwartungen,** die denen die Völker berechtigt gewesen seien. Graf **Bernstorff** lehnte noch einmal den Entwurf ab und führte u. a. aus: „Die historische Aufgabe der kommenden Abrüstungskonferenz wird es sein, das Problem in **ganz anderer Weise** anzufassen, als es bisher geschehen ist und so den Gedanken einer wirklichen Sicherung des Friedens durch die Tat zu verwirklichen."

Völkerbund untersucht die belgische Nebelkatastrophe

Brüssel, 9. Dez. Bei der belgischen Regierung ist eine Anforderung der Hygieneabteilung des Völkerbundssekretariats eingegangen, ihr sobald wie möglich einen genauen Bericht über das Unglück, das die Bevölkerung des Maas-Tales betroffen hat, zugehen zu lassen.

Parlamentseröffnung in Polen

Kein Immunitätsrecht mehr

Warschau, 9. Dez. (Eig. Draht.) Am Dienstag mittag um 12 Uhr wurde der neue polnische Sejm eröffnet. Marschallpräsident Slawek verlas zu Beginn eine kurze Botschaft des Staatspräsidenten. Alle Parteien des demokratischen Sanierungsblocks, sowie der nationalen Minderheiten betraten den Sitzungssaal erst **nach der Verlesung der Erklärung.** Kommunisten, die während der Verlesung **Zwischenrufe** machten, wurden auf Befehl des Innenministers Skaladkowski mit Gewalt **aus dem Saal geschleppt. Seimmarschall** wurde mit den Stimmen des Regierungsblocks der frühere Ministerpräsident Switalski. In seiner Ansprache erklärte Switalski, daß er das **Immunitätsrecht** der Abgeordneten **nicht mehr anerkennen** werde.

Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag

Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag. Das seit altem her bekannte Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag erschien soeben wieder im Hermann Hilgers Verlag, Berlin, erschienen und bringt in übersichtlicher Weise und mit gutem Bildmaterial versehen, einen interessanten Ueberblick über den neuen **Reichstag 1930,** so daß angesichts des Preises von 1.25 ℳ für das 644 Seiten umfassende Werk das Büchlein diesmal wieder Anklang finden wird.

2¼ Millionen Arbeitslose in England

Die englische Arbeitslosigkeit hat, wie uns aus London gemeldet wird, am 1. Dezember nach den am Dienstag im Unterhaus vom Arbeitsminister bekanntgegebenen Zahlen die Höhe von 2 305 639 Männer und Frauen erreicht.

Freistaat Baden

Bedeutet die Aenderung des Beamtengesetzes einen Fortschritt?

Die Zuschriften an **sozialdemokratische Landtagsabgeordnete** wird die Frage aufgeworfen. Dazu schreibt man uns **aus dem Land**:

Ein großer Teil der badischen Beamten hätte es nach seinem Stillhalten zu den Nationalsozialisten bei der letzten Reichswahl und bei den Gemeindewahlen verdient, daß man sich im Parlament um seine Interessen nicht mehr kümmert. Diese Beamten müßten ja dann sehen, was die 5 Nationalsozialisten im Karlsruher Landtag für sie herausschlagen können. Allein die Sozialdemokratie arbeitet nach ihrem Programm und nach ihren Grundsätzen, die auch für die Beamten gelten. Und so darf dann in aller Objektivität konstatiert werden, daß die in voriger Woche vom Rechtspflegeausschuß vorgenommene erste Lesung des veränderten Beamtengesetzes ausgehaus von dem Geiste des Wohlwollens und des Verständnisses für die Beamtenforderungen beherrscht war. Das arbeitsrechtliche Verhältnis, in **modernen Formen** auf die Beamtenschaft angewendet, stand im Mittelpunkt der Beratungen. — Es ist deshalb der von einer der obenerwähnten Zuschriften erhobene Vorwurf, das Land mache nach der angenommenen Notverordnung den sechsprozentigen Gehaltsabzug und das Land Baden verschlechtere sein Beamtengesetz, vollständig hinfällig. Zum Beweise des Gegenteils seien folgenden Feststellungen:

Das Verhältnis der **Beamten zur Republik** mußte nach den politischen Erfahrungen der letzten Monate (siehe auch den **nationalsozialistischen Lehrerbund** des früheren Landtagsabg. Lenz) eine **deutliche Klärung** erfahren; deshalb nahm der Rechtspflegeausschuß den Passus auf, daß die Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes über die Pflichten der Beamten gegenüber der republikanischen Verfassung auch für die **badischen** Beamten gelten. Sollte der Landtag in diesem Gebiete noch länger zusehen, wie antistaatlich und republikfeindlich sich auch badische Beamte einstellen?! (Uebrigens ist auch in unserem Ausschußbericht erwähnte rechtsstehende Abgeordnete, der diesen Passus als gefährlich erachtete, Mitglied der **Bürgerlichen Vereinigung**, nicht der Deutschnationalen Partei. Die Partei ist in den Ausschüssen, weil nur 3 Mann stark, nicht vertreten. Der betreffende Abgeordnete gehörte aber früher der deutschnationalen Fraktion an.)

Die sonstigen **Vergünstigungen und Fortschritte** des veränderten Beamtengesetzes sind:

Der unwiderruflich angestellte Beamte kann nur in ein Amt mit gleichem Einkommen und mit gleichem Dienstrang versetzt werden. (Der Staatsgerichtshof in Leipzig hat bekanntlich vor zwei Jahren einen gegenteiligen Beschluß gefaßt.)

Die Strafverfolgung eines Beamten wird in dem gleichen günstigen Sinne ausgeübt. Es soll eher auf die Geldstrafe des doppelten Monatseinkommens, als auf Dienstentlassung erkannt werden. Das letztere wäre das härtere!

Der § 83 enthält aber einen Absatz 2, der genau bestimmt, daß ein Rückfall vorliegt, wenn seit der ersten Verfehlung die Bestimmungen über die Pflichten der Beamten gegenüber der republikanischen Verfassung des Reiches und der Länder noch nicht 10 Jahre verflossen sind. Läßt sich also ein Beamter innerhalb 10 Jahren seit der ersten Bestrafung eine neue Verfehlung zuschulden kommen, dann gilt für das Strafmaß immer das, das für den Rückfall vorgesehen ist und wohl damit in den meisten Fällen die endgültige Dienstentlassung. Mit einer solchen Bestimmung ist es wohl möglich, republikfeindliche Bestrebungen von Beamten auf ein solches Maß zurück zu halten, daß sich zum zweiten Mal ein Angriff gegen die republikanische Verfassung des Reiches oder der Länder wohl vergehen wird.

Die Beschwerdefrist gegen ausgesprochene Ordnungsstrafen ist für den Beamten von zwei auf vier Wochen verlängert worden; er hat also reichlich Zeit, diese Beschwerde vorzubereiten. Zur Vertretung seiner dienstrechtlichen Interessen sind ihm von ab zwei Instanzen: Dienststrafkammer und Dienststrafhof zugebilligt worden. Will er mehr verlangen?!

In der Dienststrafkammer sowohl wie im Dienststrafhof sind die Standesangehörigen — als Beamte — als Richter vertreten. Gibt es sicher Rechtsgarantien?!

Der angeklagte Beamte kann sich als Verteidiger jederzeit einen badische Staatsbeamte wählen. Ebenfalls können Vertreter von Beamtenorganisationen mit Genehmigung des Dienststrafgerichts zugelassen werden.

Zum Schluß ist dem angeklagten Beamten neben dem umfangreichen Rechtsverfahren das Begnadigungsrecht des Staatsministeriums vorbehalten.

Damit dürften die erhobenen Bedenken gegen das veränderte Beamtengesetz völlig zerstreut sein. Und es sind die so viel geschmähten demokratischen Parteien, die diese rechtlichen Fortschritte für die badischen Beamten beschließen werden.

Wohin geht die Heidelberger Studentenschaft

Rektorenkonzession an die Studentenaktion

Die Vossische Zeitung meldet: Der „Aufstand" der **Heidelberger deutschnationalen und nationalsozialistischen Studenten gegen das badische Unterrichtsministerium** — wegen der Ernennung des linksstehenden Privatdozenten Gumbel zum außerordentlichen Professor — ist durch die Loyalitätserklärung der Studentenschaft für Rektor und Senat keineswegs abgeschlossen. In einer vom **„Asta"** einberufenen Versammlung hat ein Nationalsozialist erklärt, der **badische Unterrichtsminister sei aus der Reihe der „ehrenhaft denkenden Menschen" auszuschließen.** Diese Entwicklung zwingt dazu, den protestierende Heidelberger „Studentenschaft" nur noch als eine **radikale Ortsgruppe** zu werten. Der Augenblick ist gekommen, vor allem für die Dozenten, sich gegen einen solchen **gegen die gesamte Linke** gerichteten Terror zu verwahren.

Bisher hat man von diesem notwendigen, einmütigen Protest **nichts gehört.** Der **Rektor** hat bei dem „Versöhnungsfest" mit der Studentenschaft warme Worte für die **Solidarität** von Hochschulehrern und Hochschulschülern gefunden, und die Fakultät hat einen **nachträglichen Protest** gegen die Ernennung Gumbels beschlossen, der eine **Konzession an die Studentenaktion** darstellt. Es ist sehr an der Zeit, erklärt das Blatt, auch von diesen „amtlichen" Stellen zu hören, daß sie solche im Namen der „akademischen Freiheit" geführte und auf akademische Unfreiheit gerichtete Terrorkundgebungen offen **mißbilligen.**

Geschäftstüchtige Nazis

Wir lesen in der Freiburger Volkswacht folgendes lehrreiche Beispiel:

„Unsere Nazis erblicken bekanntlich im **Judentum** und im **Marxismus** die Wurzel allen Uebels. In den nationalsozialistischen Zeitungen wird tagtäglich der verderbliche Einfluß des Judentums gebrandmarkt und die nationalsozialistischen Schreichöre klingen jedesmal in den Ruf aus: „Juda verrecke!"

Es ist nationalsozialistische Theorie, wie auch die Bekämpfung des Finanzkapitals eine rein **theoretische** Angelegenheit ist. In **Wirklichkeit** helfen die Naziführer in trautem Verein mit dem **Mammonkanzler v. Stauß** und lassen sich von diesem Weisungen geben, **Reichstagspräsident** werden soll. Die Praxis sieht bei den Nationalsozialisten auch in bezug zum Judentum anders aus.

Es hat sich nämlich in **Freiburg** etwas ereignet, was in mehr als einer Hinsicht ein interessantes Licht wirft auf die nationalsozialistische Geschäftstüchtigkeit und auf die Bekämpfung des Judentums, die doch zum Hauptprogrammpunkt dieser Partei gehört. Bei einem **Geschäftsmann**, dessen Zugehörigkeit zum **Judentum** außer jedem Zweifel steht, sprach dieser Tage ein Mann vor, der sich als **Vertreter einer Versicherungsgesellschaft** ausgab. Dieser Mann versuchte mit aller ihm zur Verfügung stehenden Ueberredungskunst dem Geschäftsinhaber klar zu machen, daß es Pflicht eines Geschäftsmannes sei, in diesen „unruhigen Zeiten" eine **Versicherung gegen Tumultschaden** abzuschließen. Der Vertreter unterließ dabei nicht, die Bemerkung einfließen zu lassen, daß auch hier — wie in Berlin — der Fall möglich sei, daß von **nationalsozialistischer Seite** eine **Attacke auf die Schaufenster** unternommen werden könnte. Nach langem Hin und Her hat sich der Geschäftsmann — vielleicht unter dem Eindruck vorstehend erwähnter Anspiegelung — zum **Abschluß einer Versicherung** breitschlagen lassen.

Den Geschäftsmann interessierte es aber nachträglich doch, mit wem er den Versicherungsabschluß getätigt hat. Und siehe da: die Nachforschungen ergaben, daß es sich um einen **waschechten Nazi** handelte, der sich nicht scheute, mit einem Juden ein sicherlich einträgliches Geschäft zu machen.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite: **Zuerst verhetzen** die Naziführer ihren unreifen Anhang, inszenieren eine Pogromstimmung gegen die Juden und **hintenherum** reden sie auf die jüdischen Geschäftsleute ein, damit diese durch Versicherungen, die sie mit **Nazivertretern** abschließen, vor Schaden bewahrt bleiben. Die Nazis wollen anscheinend den Beweis erbringen, daß sie an „Geschäftstüchtigkeit" den Juden nicht nachstehen.

Theologische Fakultät und Bekenntnisklausel

Zu einem anscheinend von Heidelberger theologischer Seite rührenden Artikel, demzufolge bei den **Konkordatsverhandlungen vom Evangelischen Oberkirchenrat** eine für die Freiheit der Fakultät gefährliche **„Bekenntnisklausel"** für die Mitglieder der theologischen Fakultät gefordert werde, wird von autoritativer Seite mitgeteilt, daß diesbezügliche **Verhandlungen** mit der evangelischen Landeskirche **überhaupt nicht geführt** worden sind, mithin auch eine solche Bekenntnisklausel gar **nicht gefordert** worden sein kann.

Die Arbeiterpresse ist eure Waffe

Kampfbereitschaft gegen den Faschismus

Wenn es der Arbeiterschaft in ihrem jahrzehntelangen Kampfe um die Gleichberechtigung gelungen ist, eine Schanze nach der andern zu erobern, so hat neben andern Faktoren die Arbeiterpresse hieran mit ein großes Verdienst. Und auch heute, wo es gilt, den Angriffen der mächtig emporgeschossenen politischen und sozialen Reaktion zu begegnen, kommt der Presse der Arbeiterschaft die größte Bedeutung um die Abwehr des feindlichen Vorstoßes zu. Täglich sehen wir, wie offen und geheim die sogenannte unparteiische Presse das Unternehmertum unterstützt. Welche Gefahr jedoch der **Faschismus** für den Aufstieg der Arbeiterpresse bedeutet, das konnten wir in **Italien** beobachten, woselbst der Faschismus rücksichtslos alle Einrichtungen der Arbeiterschaft unterdrückt und die Organisationen der Arbeiter zerschlagen hat, und wo selbst heute eine **Wirtschaftskrise** durchs Land geht, gegen die die deutsche Wirtschaftskrise sich noch in erträglichen Bahnen bewegt.

Gewiß leiden wir heute alle furchtbar unter der Wirtschaftskrise, sind wir ergrimmt darüber, daß die Arbeiterschaft im jetzigen Augenblick nicht genügend Kraft hat, um den Anschlägen der politischen und sozialen Reaktion so zu begegnen, wie wir es gerne sehen würden. Aber unsere Stunde wird wieder schlagen, dessen sind wir sicher. Auf jene Stunde gerüstet zu sein, ist daher unsere Aufgabe.

Der Vorbereitung unseres Gegenstoßes dient dabei vor allem die **sozialdemokratische Presse**, indem sie das Volk auf dem Laufenden hält über das was ist, dem Leser Aufklärung über die Kampfmethoden unserer Gegner gibt und alle Kräfte der Arbeiterschaft zum **Gegenstoß** zu sammeln sucht.

Angesichts dieser kommenden Aufgaben ist es notwendig, darauf hinzuweisen, wie heute der **Nationalsozialismus** den Aufstieg der Arbeiterbewegung dadurch zu hemmen sucht, daß er durch eine Hetzpresse, die an Demagogie alles in den Schatten stellt, was bisher je aus der Druckerpresse herauskam, versucht verdummend auf das Volk zu wirken. Wie der natinoalsozialistische **Führer** mitteilt, will er ab Januar als **Tageszeitung** erscheinen. Der Führer möchte täglich das **Gift der Verhetzung** in das Volk hineinstreuen. Wenn wir auch genügend Vertrauen zum gesunden Sinn des deutschen Volks haben, so wird doch der eine oder andere immer wieder auf den politischen Schwindel der Nationalsozialisten hineinfallen. Es ist daher **Aufgabe der Arbeiterschaft**, angesichts dieser nationalsozialistischen Bestrebungen **jetzt erst recht** für die sozialdemokratische Presse zu arbeiten und **für den Volksfreund** zu werben. Wer durch die Schule der Sozialdemokratie gegangen ist, weiß, welchen **Gefahren** die Arbeiterschaft und Deutschland innen- und außenpolitisch entgegengeht, wenn die Welle des Nationalsozialismus weiter wächst. Ihr zu begegnen, ist oberste Pflicht eines jeden, der **nicht will, daß Deutschland ein Trümmerhaufen** wird. Arbeiter, Angestellte, Beamte, zeigt, daß ihr euch mit eurem Idealismus, der sich trifft, mit eurem Klasseninteresse, von niemand überbieten läßt. **Werbt für den Volksfreund!** Jeder Arbeitnehmer, jeder Gewerkschafter muß die sozialdemokratische Presse lesen.

Jetzt beweise, Kollege ...

Ich fragte ihn: „Bist du in der Partei?" —
„Noch nicht" — sagte der Kollege, und sah an mir vorbei ...
„Aber" — setzte er hinzu, und es klang, als ob er's schwöre:
„Wenn's gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre!
Ich fragte ihn: „Bist du im Verband?" —
„Noch nicht" — sagte der Kollege, und betrachtete seine Hand..
„Aber" — setzte er hinzu, und klang, als er's schwöre:
„Wenn's gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre!
Ich fragte ihn: „Bist du wenigstens im Konsumverein?" —
„Noch nicht" — sagte der Kollege, und wurde ganz klein ...
„Aber" — setzte er hinzu, und klang, als er's schwöre:
„Wenn's gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre!
Nun, es gilt jetzt, Kollege, ich nehm' dich beim Wort!
Doch mit „Wenn" und mit „Aber" kommst du nicht fort!
Schluß mit dem kleinlichen Zögern und Schwanken!
Die Reaktion erhebt ihre Pranken,
Die Masse, die Klasse schart sich zusammen,
Schon zucken die alten, heiligen Flammen —
Jetzt beweise, Kollege, was du immer beschwörst;
Jetzt stelle dich dorthin, wo du hingehörst!

Tutt, ein Wirker.

Verjüngung

Von Wilhelm Sollmann

Wir haben in verschiedenen Artikeln im Volksfreund eine „Verjüngung der Partei" gefordert. Dieser Forderung schließt sich nunmehr auch Abg. Gen. Sollmann-Köln in einem Artikel an, in dem er u. a. erklärt:

Ueber der Jugend und ihrer Zukunft liegen tiefe Schatten der Hoffnungslosigkeit. Die Jugend der Arbeiterklasse, die jungen Intellektuellen, der Nachwuchs des Mittelstandes nud die jungen Arbeitsbauern sehen sich um das bescheidenste wirtschaftliche Dasein betrogen. Neues will werden. Das wissen wir. Das weiß und will noch viel mehr unsere Jugend. Sie fühlt unverbrauchte Kräfte und will sie rühren. Sie muß es, und wir wollen diesem Jugendsturm breit die Tore unserer Partei öffnen, auch wenn er uns in seiner Ungebärdigkeit stößt und diesen und jenen zu einem unbequemen Tempo zwingt. Schon rein physisch sind nur noch sehr leistungsfähige Naturen dem gewachsen, was heute die sich immer noch steigernden politischen Volksbewegungen von jeder führenden Persönlichkeit verlangen.

Die führenden Männer der Sozialdemokratie wurzeln fast ausnahmslos noch in der Vorkriegszeit. Zwischen damals und jetzt ist eine Welt untergegangen, und eine neue steigt empor. Das bringt zwischen gereiften Männern und jüngster Jugend größere Spannungen als der übliche Generationswechsel. Das muß begriffen, ertragen und zur Verjüngung auch unserer Organisationen genutzt werden. Wer da will, daß uns die Jugend verstehe, muß sich auch Mühe geben, die Jugend zu verstehen, denn schließlich haben wir Aelteren mit unserm großen Wissen und unsern größern Erfahrungen dazu die größere Verpflichtung. Mit Routine oder gar kaltem Zynismus ist nichts auszurichten. Rücksichtslosigkeit ist freilich da geboten, wo Routiniers und Zyniker die Jugend für strebende Zwecke mißbrauchen wollen.

Hinein mit unserer Jugend in den politischen Kampf! In unsern Volksversammlungen stehen wir mit Kommunisten und Faschisten in heftigem Streit. Warum müssen die Diskussionen überall nur von Abgeordneten, Sekretären, Redakteuren, Stadt- und Gemeinderäten oder sonstigen politischen Würdenträgern bestritten werden? Man gebe ihnen junge Adjutanten mit, die frisch und dreist und kräftig in den Redekampf eingreifen. Es kann gar nichts schaden, wenn sie auch im sprachlichen Ausdruck manchmal wesentlich deutlicher werden als die geschulten und geschliffenen Parlamentarier.

Man rufe junge Genossen und Genossinnen in alle Organisationszweige unserer Partei, von den Ortsvorständen und ihren Distrikten und Bezirken an bis hinauf in die Spitzen unserer Organisationskörper. Dasselbe gilt für unsere Sekretariate und Redaktionen, sobald sich Vakanzen ergeben. Man sollte die Dreißigjährigen in die vordere Linie einrücken lassen. Es werden noch genug Fünfzigjährige bleiben, die allzu Ungestüme zügeln können.

Ich will keine Rebellion der Jugend. Ich will ihre Eingliederung in die Partei, in die Gewerkschaften, in das Reichsbanner. Daran fehlt es noch. Nicht am guten Willen. Führen wir sie in die Front, und sie werden auch taktische Ueberlegungen und das notwendige Schwergewicht unserer erprobten Organisationen zu würdigen lernen.

Mussolini-Block und italienische Finanz-Misere

Frankreichs Voraussetzungen für Kredite an Italien

Die starke Geschäftstätigkeit der italienischen Diplomatie während der Besuche des russischen und des türkischen Außenministers hat in Paris, wie immer, sichtliche Besorgnis ausgelöst. Zunächst hielt man die von den Faschisten angestrengte Version, daß es sich bei den Besprechungen in Rom um die Bildung eines **deutsch-russisch-italienischen Blocks** handeln könne, für **unglaubwürdig.** Der Paris Midi, der über außerordentlich gute Beziehungen zum französischen Auswärtigen Amt verfügt, sieht die Dinge am Montag doch **etwas weniger bedrohlich** an. Die Verhandlungen mit dem türkischen Außenminister haben nach dem Paris Midi den Abschluß eines Dreimächteabkommens zwischen **Rom, Angora** und **Athen gedient.** Italiens Streben gehe unzweifelhaft dahin, die beiden mit Frankreich verbündeten Balkanmächte Rumänien und Jugoslawien vollkommen einzukreisen, um so auf die **Revision** der Verträge von 1919 hinzuzielen. Die Revisionspolitik aber sei es auch, mit deren Hilfe man Deutschland in das russisch-italienische Netz hineinzulocken hoffe. Der Paris Midi gibt schließlich der Ansicht Ausdruck, daß **Deutschland** sich von diesem gefährlichen Spiel **fernhalten** werde, das auf nichts anderes hinauslaufe, als die alte Vorkriegspolitik der **Bündnisverträge** zu erneuern.

Frankreich ist nun bestrebt, sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln aus der ihm unangenehmen Situation herauszuziehen. Neben territorialen Möglichkeiten außerhalb Europas spielt dabei sein Portemonnaie eine große Rolle. Wenn die Wirtschaftskrise bereits auch an Frankreichs Toren nagt, so stehen ihm doch ganz andere Hilfsquellen zur Verfügung als Herrn **Mussolini,** der durch die **italienische Wirtschaftskrise** immer mehr in ein Labyrinth kommt. Es ist nun beachtlich, daß trotz aller Dementis der italienischen Regierung der Intransigeant auf Grund bester Informationen behauptet, daß Verhandlungen über die Gewährung eines **Kredits** von etwa 7 Milliarden von Frankreich **an Italien** im Gange seien. Mehrere **Pariser Banken** seien durchaus zu diesem lohnenden Geschäft bereit, jedoch sei eine derartige Kreditgewährung für die französische Politik untragbar, **solange Italien** alles tue, um die Gegensätze zwischen Paris und Rom zu verschärfen.

Der Vorgang zeigt, daß Frankreich genügend Mittel an der Hand hat, um **Mussolini sich gefügig zu machen,** sobald es seine Situation gebietet und sollte daher den **deutschen Nationalisten** als Warnung dienen, Italien allzusehr in ihr Kalkül einzusetzen. Schon einmal hat **Italien die deutsche Außenpolitik schwer enttäuscht.** Gelüstet es uns nach einer Wiederholung?

*

Paris, 8. Dez. (Eig. Drahtb.) Pressestimmen aus **Amerika** bestätigen neuerdings, daß **Italien** bei seinen wiederholten **Anleiheversuchen** sowohl in **Paris** wie in **Neuyork** auf eine entschiedene **Ablehnung** gestoßen ist. Weiter wird gemeldet, daß man in beiden Ländern entschlossen sei, die Geldbedürfnisse Italiens zu einem entsprechenden Druck auf dessen Haltung in der Abrüstungsfrage auszunutzen. Washington und Paris forderten als **Gegenleistung** für jede Anleihegewährung, daß Italien auf die Flottenpartität und auf eine **allzu gefährliche Annäherung an Deutschland und Rußland verzichte.**

Diesen Meldungen gegenüber ist festzustellen, daß Italien mit seinen Anleihegesuchen in Paris, wenn nicht **direkt,** so doch indirekt, **Erfolg** gehabt hat. Eine der großen **französischen Privatbanken** hat ihm über den Kopf der Regierung hinweg bereits einen **kurzfristigen Kredit von 600 Millionen** gewährt. Weitere Verhandlungen schweben noch, doch sind sie, um der Kontrolle der französischen Regierung zu entgehen, **nach London verlegt worden.**

Der Todeskampf der Freiheit

Von
Pietro Nenni

Die Bestiennatur des Faschismus

opyright 1930 by Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G.m.b.H., Berlin.
(Alle Rechte vorbehalten)

An dem Tage, wo die Nachricht von der Hinrichtung ures in Spanien nach Italien kam, durchzuckten Entrüstung d Zorn die antiklerikale Bewegung des ganzen Landes. Forli brachten die von Mussolini geführten Demonstran- eine Säule auf dem Marktplatz zu Fall, die ein Bild der ter Gottes trug.

Der künftige Diktator von Italien führte damals ein gerordentlich einfaches und ärmliches Leben. Er aß sich jeden Tag satt und wies trotzdem eine ihm angebotene haltserhöhung zurück, weil er „nicht mehr verdienen wolle ein Arbeiter". Man hielt ihn für ein wenig verrückt. war scheu und einsam und liebte es, allein auf dem nde herumzustreifen. In der Parteibewegung trat er als gner des Reformismus und des Parlamentarismus auf. ch verbarg er es nicht, daß er sehr wenig Vertrauen auf Gewerkschaften und Genossenschaften setzte, in denen seiner sicht nach die revolutionären Instinkte von den Interessen Individuen oder der Gruppen verdrängt würden.

Alles in allem galt er in seiner Partei als Eingänger d Individualist. Durch den Prozeß von Forli und dann ch den Parteitag von Reggio Emilia wurde er bekannt. revolutionäre Richtung hatte soeben die Mehrheit in der rtei erlangt. Es fehlte ihr an Führern, und Mussolini rde zum Chefredakteur des Avanti berufen. Binnen kur- n eroberte er Mailand und dann die Partei.

5. Die Rote Woche und der Krieg

Im April 1914 hielt die sozialistische Partei ihren Partei- g in Ancona ab. Die Stadt war nicht sozialistisch. Die publikaner waren in der Mehrheit, und die Anarchisten elten eine bedeutende Rolle, besonders unter den Hafen- beitern.

Es war nur wenige Monate vor dem Krieg, dessen Vor- chen niemand zu deuten vermochte. Unter den Linkspar- en bestand eine Art Waffenstillstand. Der Kampf gegen Militarismus stand im Vordergrund. Ich leitete damals Ancona eine republikanische Wochenzeitung, den Lucifero, en Gründung in die Zeit des Risorgimento zurückreichte. latesta, der große anarchistische Revolutionär, hatte sich, dem Ausland zurückgekehrt, in Ancona niedergelassen. on seine bloße Anwesenheit hatte revolutionäre Bedeu- g. Der kleine alte Mann, den die Last der Jahre schon eugt hatte, war das Urbild des Rebellen und Verschwö- rs. In seiner Jugend hatte er bei den Aufständen Baku- ns und Cafieros eine wichtige Rolle gespielt. Er hatte auch jener Verschwörung von Benevent teilgenommen, die der Geschichte der italienischen Landarbeiter eine der er- n sozialen Bewegungen darstellt. Er war ein kleiner, malschultriger Mann mit kurzem grauem Bart und außer- entlich lebhaften Augen. Malatesta verstand es, zu den beitern zu sprechen, nicht als Künstler der Rede, nicht als litiker, nur ganz einfach, wie ein Vater zu seinen Kin- rn spricht, mit schlichter, bezwingender Logik. Und der be- ndige Refrain seiner Reden waren die Worte: „Ihr erdet immer Sklaven sein, ewnn ihr euch nicht zum Aufstand tschließt."

Es lag etwas in der Luft, das das Nahen entscheidender iten ahnen ließ. Kein Monat verging ohne irgendeinen sammenstoß oft mit tragischen Folgen, zwischen dem Pro- tariat und der Polizei. In allen Parteien kamen die extre- en Richtungen zur Geltung.

Der Kolonialkrieg in Tripolitanien, der viel länger dauerte, s man vorausgesehen hatte, die wirtschaftliche Krise, die werkschaftlichen Kämpfe, das Erwachen der ländlichen Schichten, all dies bewegte das Land wie elektrische Ströme nen Körper.

Neues Blut floß den Adern der Parteien und Organi- tionen zu. Die Veteranen der ersten Kämpfe wurden durch unge Leute ersetzt. Von den Universitäten bis zu den Werk- tten spürte man überall eine Wiedergeburt der revolutio- ren Geistes. Der Giolittismus auf der einen, der parla- entarische Reformismus auf der anderen Seite waren flü- ellahm geworden. Man hatte genug von Kompromissen, genug von den Korridorintrigen, man wollte den Kampf.

Verschiedene Umstände hatten zur Schaffung dieser Stim- mung beigetragen; die Haltung des Avanti unter Mussolini hatte zweifellos wesentlichen Einfluß ausgeübt.

Kaum war dieser moderne Barbar in Mailand eingebro- en, so hatte er sich daran gemacht, seinen Traum zu ver- irklichen: er wollte die Straße erobern, die bis jetzt den Syndikalisten und Anarchisten gehörte. Jetzt wurde ihm sein Eingängertum zur Stärke. Außer seiner nächsten Umgebung hatte er weder Beziehungen noch Freundschaft. Zwischen ihm und der offiziellen Welt, der Welt der Bourgeoisie, lag ein Abgrund. Er kannte keinerlei gesellschaftliche oder persön- liche Rücksichtnahme, ebensowenig wie er gefühlsmäßige Hem- mungen kannte. Er liebte das Volk nicht. Er gehörte zu ihm, was durchaus nicht dasselbe sagen will. In den Arbeitern, mit denen er sprach, sah er keine Brüder, sondern eine Macht, ein Mittel, dessen er sich bemächtigen wollte, das er sich dienst- bar machen wollte, um die Welt umzukehren. Wenn er vor einem jener Restaurants oder Luxushotels vorbeiging, die durch ihr Licht und ihre Pracht blenden, so verzerrte sich sein Gesicht. Er hatte ein Grauen vor Bettlern, die waren ihm gleichsam das Symbol der Ergebung. Obwohl er einen ge- wissen mystischen Fonds hatte, vielleicht von der Mutter her, so war er in leidenschaftlicher Weise antireligiös, weil er in der Religion das Opium der Völker sah.

So sehen wir ihn an die Eroberung Mailands gehen, nach- dem er sein heitmatliches Dorf verlassen hat. Aber die Haupt- stadt der Lombardei hatte ihre Idole, und es war nicht leicht, sie zu ersetzen.

Filippo Turati, den zur Flucht in die Verbannung ge- zwungen zu haben eine Schande der Diktatur ist, war der allgemein geliebte und geachtete Führer der gemäßigten und legalitären Richtung des Sozialismus. Im Parlament wie im ganzen Lande genoß er ein ungeheures Prestige. Die sozialistische Partei, zu deren Begründern er gehörte, vergaß es ihm nicht, daß er in den Tagen der Reaktion, 1894 und 1898, tapfer standgehalten hatte. Weder das Kriegsgericht noch das Gefängnis hatte seinen Mut gebrochen. Aber die Demokratisierung des Staates und das aufgezwungene Wahlrecht hatten ihn zu der Ueberzeugung gebracht, daß sich nunmehr der Kampf im Rahmen der Gesetzlichkeit abspielen müsse. Die von ihm geleitete Critica sociale, die von 1890 bis 1900 der Vertiefung der marxistischen Studien gedient hatte, wurde nunmehr zum Organ der Rechten unserer Partei. Trotz ihrer Entwicklung nach links bewahrte die Partei ihrem einstigen Führer die größte Achtung. Obwohl die proletarischen Massen nicht reformistisch waren, empfanden sie es doch deutlich, daß sie allzeit auf Turatis Rat und den seiner Mitarbeiter zählen konnten, auf Anna Kulischoff, die bis zum Tode tapfer und tröstend dem Führer zur Seite stand, und auf Claudio Treves.

Als ein Tribun des Syndikalismus hatte damals Filippo Corridoni viel Anhang, ein junger Mensch voll revolutionären Feuers. Er verstand es, zum Herzen der Massen zu sprechen. Er stürzte sich von einem Kampf in den andern, ohne Ermüdung zu kennen, der Tuberkulose spottend, die ihn verzehrte. Die Reaktion hatte ihn besonders aufs Korn genommen; er hatte nur Spott für ihre Verfolgungen und das entrückte Lächeln seines Glaubens an die dicht bevorstehende Revolution.

Mussolini erlebte nunmehr ein rapides Umsichgreifen seines Einflusses. Freilich hatte die von ihm als Gegenaltar der reformistischen Critica sociale gegründete Zeitschrift Utopia keinen tieferen Nachhall im geistigen Leben der Partei, aber aus dem Avanti machte er ein ganz revolutionäres Blatt. Bei Massendemonstrationen übernahm er die Führung, seiner taktischen Regel folgend, daß man vor allem die Straße erobern muß.

„Wozu Volksversammlungen in den äußeren Stadtvierteln? Das Zentrum, die Galleria müssen wir erobern und in den bürgerlichen Stadtteilen demonstrieren. Will man uns das verbieten, so werden wir es trotz dem Verbote tun."

Auf dem Parteitag von Ancona, nach zweijährigem Wirken als Chefredakteur des Avanti, war er Herr und Meister in der Partei. Die jungen Leute beteten ihn an, während die Reformisten ihm seinen Blanquismus und seine Propaganda des Aufstandes vorwarfen. Zwischen ihnen und Mussolini bestanden tatsächlich unversöhnliche Gegensätze. Bei den seltenen Besuchen, die ich Mussolini in Mailand machte, platzte bei jedem Wort sein Haß gegen den Reformismus heraus: „Du wirst sehen, wir werden es zu gar nichts bringen, ehe wir nicht Turatis Salon in die Luft gesprengt haben."

Jetzt verschärfte er auch seine Offensive gegen den Freimaurerorden und gegen die Freimaurer, die er auf dem Parteitag von Ancona aus der Partei hatte ausschließen lassen. Ihm erschienen die Logen als Werkstätten der Korruption und der Vermischung bürgerlicher und sozialistischer Ideen. Mit jedem Tage wurde er radikaler. Gegen Ende des Jahres 1913 hatte er in Florenz eine Rede gehalten, die in vielen Punkten dem Leninschen Bolschewismus an die Seite gestellt werden kann. Aber er war kein Doktrinär. All sein Ringen nach einem Lehrgebäude wurde vereitelt durch seinen Willen zur Tat. Sein System war es, kein System zu haben. Aktion, Aktion, Aktion, das war seine Lehre.

Um die Mitte des Jahres 1914 gab ein später als die Rote Woche bezeichnendes Ereignis einen Begriff von dem Grad der Erregung und Gespanntheit im ganzen Lande. Am 7. Juni warden in einem Zusammenstoß mit der Polizei drei Arbeiter bei Ancona getötet worden. Daher Generalstreik in der Stadt, der dann auf die Romagna übergriff, auf Umbrien und schließlich das ganze Land erfaßte. Da die Eisenbahner der Bewegung beitraten, war es ein Generalstreik im vollsten Sinne des Wortes. In mehreren Städten, namentlich in Ancona, Florenz und Neapel, wurde er zum Aufstand, dem die Polizei nicht gewachsen war. Eine kurze Zeit über hatte man den Eindruck, mitten in der Revolution zu stehen. Die Bürger trugen rote Kokarden. In Ravenna hatten die Streikenden einen General verhaftet. In mehreren kleinen Städten war unter Glockenläuten die Republik proklamiert worden. In Rom hatte es Mühe gekostet, eine gegen das königliche Palais gerichtete Demonstration mit Hilfe der Truppen zu zerstreuen. In Ancona lag es mir ob, Gutscheine für die Getreiderequisition auszustellen. Die öffentliche Gewalt lag hier ausschließlich in den Händen der Arbeiterkammer und der Stadtverwaltung.

Die Regierung hatte ein Kriegsschiff nach Ancona geschickt. Als die Mannschaft ausgeschifft wurde, empfing sie eine einzigartige Demonstration: Frauen und junge Mädchen gingen ihr entgegen mit Blumen in den Händen und Tüten mit Nahrungsmitteln. Das hieß die militärische Disziplin auf eine schwere Probe stellen. In Fabriano wurde ein Zug Bersaglieri auf diese Weise entwaffnet und mußte — schmunzelnd — der Proklamierung der Republik beiwohnen. Kirchen gingen in Flammen auf, Rote Fahnen wehten von den öffentlichen Gebäuden.

Mussolini sandte uns flammende Aufforderungen zur Fortsetzung des Widerstandes. „Hundert Tote in Ancona und ganz Italien in Brand." sagte er. Aber die Bewegung war schon im Abflauen. Die Generalkommission der Arbeit hatte das Ende des Streiks angeordnet. Nach siebentägiger Bewegung kapitulierten auch Ancona und die übrige Romagna.

Wie das in solchen Fällen immer geschieht, folgte der Illusion und dem Enthusiasmus eine schwere Ernüchterung. Die Polizei nahm Hunderte von Verhaftungen vor. Malatesta, auf den sie besonders fahndete, entkam nach London. Ich bekam Gelegenheit, sieben Monate im Gefängnis in mich zu gehen, bis mich eine Amnestie befreite.

Zwei Monate nach dieser Roten Woche donnerten schon die Kanonen an der serbischen Grenze. Der Krieg war da, und mit ihm eine neue Phase der Weltgeschichte.

Die Tatsache des Krieges gab dem Zorn der Massen und dem Eifer der Führer eine andere Richtung. Auf die Parteien der äußersten Linken lauerte die Spaltung, wie sie der Konflikt zwischen Verfechtern und Gegnern des Krieges bringen mußte. Zuallererst nahmen die Republikaner Stellung zugunsten des Eingreifens Italiens in den Weltkrieg, um Trient und Triest von österreichischer Herrschaft zu befreien. Auch die Syndikalisten zögerten nicht, sich für den Krieg zu erklären, den man als revolutionäres Ereignis betrachtete. Vereinzelte Sozialisten und Anarchisten, Eingänger, wie Bissolati und Salvemini, bildeten den ersten Kern der Interventisten.

Auch für die sozialistische Partei gab es kein Zögern: von der ersten Minute an nahm sie gegen den Krieg Stellung. Freilich erfuhr der internationalistische Mystizismus einen schweren Stoß durch die Krise der Internationale, die den Krieg nicht hatte verhindern können und die nun ihre eigenen Sektionen im Kampfe gegeneinander sehen mußte. Aber die Sachlage war in Italien anders als in den übrigen Ländern, die ganz plötzlich in den Wirbelsturm des Krieges gerissen worden waren und bei denen man den Glauben erweckt hatte, es gälte, eine feindliche Invasion zurückzuweisen. Kein Feind bedrohte Italien. Man versprach vielmehr Dank und Lohn für die Neutralität, die die Regierung proklamiert hatte, wodurch sie verspätet jenen Dreibund löste, der für die Monarchie nichts anderes bedeutet hatte als eine Versicherung gegen die Revolution.

Die einzige Diskussion, die in der sozialistischen Partei stattfand, drehte sich um die Formel, um das Ausmaß der Neutralität. Mussolini forderte eine absolute Neutralität allen Kriegführenden gegenüber, während die Rechte für eine relative eintrat.

Auch die Bourgeoisie war in hohem Maße uneinig gegenüber den Problemen des Konflikts. Die Nationalisten wollten den Krieg, ohne noch zu wissen, ob sie dem Dreibund Treue halten oder dem englisch-französischen Bündnis beitreten sollten. Die Großindustrie war unentschieden, denn ihre Geschäfte konnten sowohl beim Eingreifen in den Krieg wie bei der Neutralität auf ihre Rechnung kommen. Die giolittische Bourgeoisie erstrebte eine auf Abmachungen beruhende Neutralität, die dem Lande Vorteile bringen sollte, ohne es dem Risiko des Krieges auszusetzen. Ihrer Methode des Abwartens treu, ohne Vertrauen auf die Opferfähigkeit und Ausdauer des Volkes, suchte sie den Weg des kleinsten Kraftaufwandes. Dagegen waren die intellektuellen Schichten des Bürgertums und die akademische Jugend mit aller Leidenschaft für den Krieg, den sofortigen Krieg, den Krieg um jeden Preis.

Vom August 1914 bis zum Mai 1915, dem Zeitpunkt, an dem Italien den Krieg erklärte, haben beständige Konflikte zwischen den Gegnern und den Verfechtern des Krieges gewütet. In den Versammlungen prallten sie aufeinander, in der Presse beschimpften sie sich.

Erst im September 1914 bekehrte sich Mussolini, nachdem er soeben im „Avanti" das Plebiszit gegen den Krieg organisiert hatte, plötzlich zum Interventionismus. Im Laufe von zwei Monaten krempelte er seine ganze Politik um, und 14. November erschien die erste Nummer seines Kampfblattes Popolo d'Italia unter dem furchtbaren magischen Worte: Krieg.

Inzwischen war ein gewaltiger moralischer Einfluß auf ihn ausgeübt worden. Battisti, der dann in Trient gehängt werden sollte, Marcel Cachin, Jules Destrés und andere hatten versucht, ihn umzustimmen. Aus Frankreich war ihm Geld versprochen worden, um die Zeitung zu gründen. Der Teufel des Verrats war in ihm. Dieser Mann, der ein revolutionärer Massenführer gewesen war, der aus dem Volke stammte, den sein Instinkt auf die äußerste Linke getrieben hatte, empfand auf einmal einen anderen Ehrgeiz. Der Luxus, den er bisher verachtet hatte, lockte ihn. Dazu brauchte er Geld. Aus Frankreich bot man es ihm an — warum es zurückweisen?

So fing der Verfall an. Von Stufe zu Stufe sollte er herabsteigen, bis zur tiefsten Erniedrigung. Nur einen Moment des Zögerns hat er gehabt. Schon stand ihm der Vorstand seiner Partei als Ankläger gegenüber. Wie würden sich die Massen verhalten? Er hegte keinerlei Illusionen. Er wußte, daß die sozialistische Partei ihm nicht hörig sein würde, ihm nie auf dem Wege folgen konnte, den er zu gehen bereit war. Vor dem Parteivorstand in Bologna war seine Haltung jämmerlich.

Nur eine ganz kleine Minorität hatte sich ihm angeschlossen. Sein Ausschluß aus der Mailänder Parteisektion stand bevor. Jene Versammlung entbehrte nicht einer gewissen Großartigkeit. Costantino Lazzari begründete den Ausschluß. Mussolini verteidigte sich kaum. Da es ihm nicht gelang, sich Gehör zu verschaffen, packte ihn die Wut, so daß er das Glas auf dem Tisch zerbrach:

„Ihr haßt mich, weil ihr mich noch liebt." Und als der Lärm nicht nachließ, rief er laut: „Ihr glaubt, mich aus dem politischen Leben ausschließen zu können, aber ihr irrt euch. Ich werde weiter vor euch stehen, lebendig und unbeugsam."

Unter einem Sturm der Mißbilligung verließ er den Saal. Seitdem war offener Krieg. Ohne Uebergang, von heute auf morgen, wurde Mussolini zum Ankläger und Verleumder seiner bisherigen Genossen, bis er imstande war, ihr Verfolger zu werden. Das ist bezeichnend für diesen Menschen: nichts existiert für ihn außer seinem Egoismus. Er hätte den Fuß auf die Leiche seines Vaters gesetzt, wenn es ihm für seinen Erfolg nützlich erschienen wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen üblen Mundgeruch. „Ich will nicht versäumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont" nicht nur reine weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr „Chlorodont" aufs beste empfehlen." gez. E. G., Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., und weise jeden Ersatz dafür zurück. 206

Aus aller Welt

Schiffsunglück im Hafen von Susak

Belgrad, 9. Dez. Im Hafen von Susak ist heute der an der Adriatischen Küste verkehrende Dampfer „Topola" durch den hohen Seegang und heftigen Wind gegen den Hafenkai geschleudert worden. Durch die Wucht des Anpralls trat eine Verschiebung der Ladung ein. Das Schiff legte stark nach der Seite über und die an Bord befindlichen Passagiere wurden ins Meer geschleudert. 50 Passagiere konnten von herbeieilenden Fahrzeugen geborgen werden. Nach Angabe des Hafenkapitäns sind zwei Personen bei dem Unfall ums Leben gekommen und acht verletzt worden, darunter zwei schwer.

Haftentlassung Frenzels gegen 10 000 ℳ Kaution

CNB. **Berlin**, 9. Dez. Das Kammergericht hat die Frage geprüft, ob die vom Potsdamer Gericht gegen den früheren Amtsvorsteher Frenzel angeordnete Haft wegen Fluchtverdacht aufrecht zu erhalten sei. Der 4. Senat entschied, daß Frenzel gegen eine Sicherheitsleistung von 10 000 ℳ auf freien Fuß zu setzen sei. Da die ursprünglich gestellte Kaution in Höhe von 6000 ℳ noch vorhanden ist, handelt es sich für Frenzel nur darum, noch 4000 ℳ aufzubringen.

Telephonischer Schnellverkehr

Durch eine Schnellverkehrsverbindung direkt zwischen Mannheim und Frankfurt, sowie Darmstadt, Homburg, Bad Soden hat der Telephonbetrieb Mannheims eine wesentliche Erweiterung erfahren.

Von 3 bis 9 Uhr vormittags Branntweinausschank in Berlin verboten

CNB. **Berlin**, 9. Dez. Das preußische Ministerium des Innern hat eine Polizeiverordnung für Preußen erlassen, durch die der Branntweinausschank vor 9 Uhr morgens, also für die Zeit von 3 Uhr bis 9 Uhr morgens, verboten wird.

Nebel über Norddeutschland

Berlin, 9. Dez. Ueber ganz Norddeutschland lag heute früh dichter Nebel, der nicht nur in Berlin, sondern besonders stark an der Küste den Verkehr erheblich behindert hat. Der Flugverkehr im Norden des Reiches lag vollkommen still, während die Reichsbahn, wenn auch mit Verspätungen, den Fernverkehr abwickeln konnte. Dagegen traten auf allen Bahnhöfen erhebliche Verzögerungen im Rangierbetrieb ein.

Verschluckte Zahnbürste als Todesursache

Hanau, 9. Dez. Ein wohl einzig dastehender Fall von ganz besonderer Tragik, der zum Tode eines jungen Mannes führte, ereignete sich dieser Tage in Hanau. Der junge Mann verspürte vor etwa 14 Tagen ein **Jucken im Halse**, dem er mittels einer Zahnbürste beizukommen versuchte. Dabei blieb ihm die **Bürste im Halse stecken**, und als er nach Atem rang und einen Hilferuf ausstieß, rutschte ihm die Bürste die **Speiseröhre hinab**. Nach weniger Tagen verspürte der Bedauernswerte heftige Schmerzen, die ihn zum Aufsuchen des Landeskrankenhauses veranlaßten. Im Krankenhaus versuchte man zunächst den Fremdkörper auf natürlichem Wege zu entfernen. Als aber alle derartigen Versuche fehlschlugen, entschloß man sich zur Operation, die der junge Mann aber **nicht überlebte**. Bei dem operativen Eingriff wurde die Bürste zwischen Magen und Zwölffingerdarm steckend vorgefunden.

Gewölbeeinsturz in einer Pfarrkirche

Stadtlohn (Westfalen), 9. Dez. Gestern stürzte plötzlich ein Gewölbe der Stadtlohner Pfarrkirche ein. Durch die herunterfallenden Stücke, die zumteil mehr als einen Zentner wogen, wurde eine Anzahl Kirchenbänke zerschmettert. Da zur Zeit des Einsturzes kein Gottesdienst stattfand, befanden sich nur wenige Personen in der Kirche. Drei von ihnen wurden verletzt, darunter eine schwer. Die Kirche wurde gesperrt.

Flugzeugunglück in China

Schanghai, 9. Dez. Das Postflugzeug Schanghai—Nanking stieß beim Abflug gegen den Mast einer Dschunke und zerschellte am Ufer. **Beide Führer**, ein Amerikaner und ein Chinese, waren sofort tot. Von den Fahrgästen kam eine Russin ums Leben, während fünf andere, darunter der Oberbefehlshaber der Schanghaier Garnison, General Hungshihui, schwere Verletzungen erlitten.

Der Christusdarsteller verurteilt
Alois Lang
der berühmte Christusdarsteller von Oberammergau, wurde vom Arbeitsgericht in Garmisch zur Zahlung von 2000 Mark verurteilt, da er im Sommer seinen Logiergästen **Bedienungsgelder** berechnete, diese Gelder aber zum großen Teil an sein Personal nicht abgeführt hat.

Gemeindepolitik

Bürgermeisterwahl im Spessart

Spessart (bei Ettlingen), 9. Nov. Bei der am Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Wendelin Weber mit 451 Stimmen wiedergewählt.

Einer der die Nase bald voll hatte

Müllheim, 8. Dez. Unter den auf der **nationalsozialistischen** Liste gewählten Gemeindeverordneten befand sich in Müllheim u. a. Gendarmeriewachtmeister a. D. Huber. Herr Huber hat offenbar rasch eingesehen, wie hohl und brüchig das Programm der Hakenkreuzpartei ist, denn er hat jetzt, knapp drei Wochen nach der Wahl, sein **Mandat niedergelegt** und seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Man darf annehmen, daß dieses Beispiel von Zeit zu Zeit Nachahmung findet. Sieht einmal das Volk, soweit es vernünftig zu denken vermag, ein, welch großer Unterschied zwischen den Sprüchen und Versprechungen der Nazis und ihren praktischen Taten besteht, wird es ihnen die Gefolgschaft verweigern. bs.—

Der neue Oberbürgermeister von Ludwigshafen

Zum Oberbürgermeister von Ludwigshafen wurde Dr. **Ecarius**, gegenwärtig 2. Bürgermeister in Pforzheim, mit 27 von 41 abgegebenen Stimmen gewählt.

Aus dem Gerichtssaal

Ein gefährlicher Einbrecher

fm. **Karlsruhe**, 9. Dez. Wegen acht Einbruchsdiebstählen, sowie einem Einbruchsdiebstahlsversuch stand heute der schon erheblich vorbestrafte 23 Jahre alte Schlosser Friedrich **Mayer** aus Illingen (Württemberg) vor dem Karlsruher Schöffengericht. Der Angeklagte war im März vorigen Jahres aus der Strafanstalt entlassen und hat sich bis zum Oktober d. J. gut geführt, bis er wieder rückfällig wurde. In der Nacht vom 2. auf 3. Oktober d. J. drang er in eine Wohnung in **Bilfingen** ein, aus der er einen Herrenanzug entwendete. In der gleichen Nacht stattete er der Wohnung eines Kolonialwarendhändlers in Ersingen einen Besuch ab, wo er Zigaretten, Wurst, Schokolade, sowie zwei Mark Bargeld entwendete. In der Nacht vom 4. auf 5. Oktober verübte er einen Einbruch in die Wohnung eines Fabrikanten in Eutingen, wo er einen Geldbeutel mit 9,15 Mark, sowie einen Rasierapparat erbeutete. In der Wohnung eines Postschaffners stielen ihm eine Damenuhr im Wert von 15 Mark, ein Ehering, sowie 8,50 M. in die Hände. In der Nacht vom 11. auf 12. Oktober stieg er durch das Abortfenster in die Wohnung eines Kaufmanns in Mühlacker; an der Begehung eines Diebstahls wurde er durch das Erscheinen des Sohnes des Wohnungseigentümers, mit dem er **in ein Handgemenge** geriet, gehindert. In der gleichen Nacht vom 13. auf 14. Oktober stahl er aus der Wohnung eines Müllers in Mühlacker ein Paar Stiefel, sowie eine Handtasche im Werte von 45 Mark. In der Nacht vom 15. auf 16. Oktober stahl er aus einer Villa in **Durlach** zwei goldene Herrenuhren, nebst 110 Mark Bargeld, in der Nacht vom 19. auf 20. Oktober aus einer Wohnung in der Daxlander Straße in **Karlsruhe** einen Herrenanzug von 100 Mark Wert, einen Malkasten, ein Taschenmesser und zwei Sparbüchsen mit 6,50 Mark Inhalt, in der Nacht vom 23. auf 24. Oktober in **Karlsruhe** aus der Wohnung eines Fabrikanten in der **Richard Wagnerstraße** vier Dutzend Silberbestecke, ein goldenes Zigarettenetui, einen Mantel, sowie einen Koffer im Gesamtwert von 900 Mark. Am 26. Oktober, als er die gestohlenen Sachen versilbern wollte, wurde er in **Karlsruhe** verhaftet. Der Angeklagte legte ein reumütiges Geständnis ab. Trotz seiner Vorstrafen wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt und von einer Zuchthausstrafe Abstand genommen. Es wurde eine Gefängnisstrafe von drei Jahren abzüglich sechs Wochen Untersuchungshaft ausgesprochen. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt. Der Staatsanwalt hatte vier Jahre Gefängnis beantragt.

Aus der Stadt Durlach

Genossin Hoffenberth zum Gruß

Am heutigen Tag feiert unsere Genossin Hoffenberth in geistiger und körperlicher Frische ihren 80. Geburtstag. Von früher Jugend bis heute hat sie das harte Leben einer proletarischen Frau, die 7 Kindern das Leben schenkte, durchgekostet. Vor 38 Jahren verlor sie ihren Gatten, der immer mit bester Ueberzeugung für die Sozialdemokratie kämpfte. Aufrecht und fest ging unsere Genossin ihren Weg, um das nackte schwere Dasein durchzuringen.

Ueber alles steht dieser tapferen Frau die Partei. Bei allen Veranstaltungen ist sie zugegen und zeigt Interesse. Und bei Maidemonstrationen ist sie trotz hohen Alters im Festzug zu sehen und gibt dadurch vielen ein Beispiel.

Die sozialdemokratische Frauensektion hielt aus Anlaß des 80. Geburtstags ihrer Genossin am letzten Samstag abend im überfüllten Saal zum „Roten Löwen" einen Unterhaltungsabend ab, der in seinem Programm vom Frauenchor des „Sängerbundes Vorwärts", den Jungsozialisten sowie der Arbeiter-Jugend durchgeführt wurde. In zu Herzen gehenden Worten würdigte die Vorsitzende, Genossin Hetzel, die Arbeit, Treue und das gute Beispiel der Jubilarin und überreichte derselben mit Worten des Dankes und der Anerkennung ein Geschenk. Die Arbeiterwohlfahrt übergab durch ihre Vorsitzende, Genossin Glockner, einen prächtigen Korb mit Lebensmitteln. Bei Unterhaltung, mit Kaffee und Kuchen und einem Gratulationswunsch des Parteivorsitzenden Gen. Pfalzgraf und Bürgermeister Ritzert, verging rasch die Zeit. Zu ihrem heutigen Ehrentage wünschen wir unserer Genossin alles gute.

In diesem Sinne, Genossin Hoffenberth, Dank und Gruß zum 80. Geburtstage.

Sozialdemokratische Rathausfraktion. Heute, Mittwoch abend 8 Uhr, findet im 2. Stock der Festhalle eine Fraktionssitzung statt. Wegen besonders wichtiger Besprechung muß jedes Fraktionsmitglied anwesend sein. In Betracht kommen alle auf der Vorschlagsliste unserer Partei aufgestellten Genossinnen und Genossen von Nr. 1 bis 27.

Arbeiter-Wohlfahrt. Wegen der heute Abend stattfindenden Fraktionssitzung muß die Vorstandssitzung ausfallen. Sie findet nunmehr morgen Donnerstag abend im angegebenen Lokal statt.

Funk-Ausstellung.

Der Arbeiter-Radio-Bund veranstaltet am kommenden Sonntag, 14. Dezember im Saale des roten Löwen in Durlach eine Funk-Ausstellung. Am Samstag abend findet ein Experimental-Vortrag des Gen. Dipl.-Ing. Glockner über „Schwingende Elektrizität" mit Vorführungen am Oszillographen und an einem Laboratoriumssender statt. — Zweck der Ausstellung ist, der Arbeiterschaft zu zeigen, daß mit einfachem und billigem Gerät die Teilnahme am Rundfunk möglich ist. Die technischen Vorgänge sind durch leichtverständliche Darlegungen erklärt. Eintritt 20 Pfg. pro Person, Erwerbslose und Schüler 10 Pfg.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach

Sterbefälle vom Monat November 1930. Christine Hurst geb. Debm, Witwe, hier Weiherstr. 8, 91 Jahre alt. Emil Anton Friedrich Meier, Werkführer i. R., Witwer, hier Kelterstr. 5, 78 Jahre alt. Karl Friedrich Pfatteicher, Stellwerksmeister, Ehemann, hier Alte Karlsruher Straße 14, 60 Jahre alt. Katharina Christine Clausing geb. Löffel, Witwe, hier Amalienstr. 11, 68 Jahre alt. Anna Kuppinger geb. Eiermann, Ehefrau, Hohenwettersbach, Neuhäuserstr. 1, 41 Jahre alt. Gustav Oeder, Landwirt, ledig, D.-Aue, Killisfeldsiedlung, 53 Jahre alt. Emil Franz Michael Becker, Landwirt, ledig, Berghausen, 26 Jahre alt. Josef Saas, Schreiner, Ehemann, hier Adlerstr. 24, 57 Jahre alt. Katharine Karoline Kunzmann geb. Kleiber, Witwe, hier Gartenstr. 3, 70 Jahre alt. Wilhelm Ludwig Klenert, Schlosser und Tanzlehrer, geschieden, hier Herrenstr. 12, 58 Jahre alt. August Julius **Kappler, Kind, hier Mühlstr. 12, 4 Wochen alt.**

Gewerkschaftliches

Schiedsspruch in der niederschlesischen Metallindustrie

WTB. **Breslau**, 9. Dez. Im Lohnstreit in der niederschlesischen Metallindustrie fällte heute eine unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten zusammengetretene Schlichterkammer folgenden Schiedsspruch: Ab 15. Dezember 1930 werden die Lohnsätze für die gelernten und angelernten Arbeiter um 6 Prozent, für ungelernte um 5 Prozent und für Frauen um 4 Prozent gekürzt. Die Akkordbasis wird um 6 Prozent gesenkt. Die Laufdauer des Lohntarifs ist bis 30. Juni 1931 befristet. Erklärungsfrist Samstag, 13. Dezember, 12 Uhr mittags.

Der Schiedsspruch in Bielefeld

Berlin, 10. Dez. (Funkdienst.) Die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium geführten Nachverhandlungen über den Schiedsspruch im Bielefelder Metallarbeiterkonflikt endete mit der Vereinbarung, daß in dem Schiedsspruch, der eine Senkung der Tariflöhne um 3 Prozent und der Akkordlöhne um 5 Prozent vorsieht, der Passus eingefügt wird, „Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden" Die Metallarbeiter werden sich heute in einer Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des veränderten Schiedsspruches entscheiden.

Soziale Rundschau

Tagung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene

Am 6. Dezember fand in Karlsruhe im „Hause der Gesundheit" die satzungsgemäße Mitgliederversammlung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene statt, zu der sich Teilnehmer aus den verschiedensten Gegenden des Landes eingefunden hatten. Anwesend waren u. a. Vertreter des badischen Unterrichtsministeriums, der Landesversicherungsanstalt Baden, der Badischen Aerztekammer und der Badischen Zahnärztekammer, der Vereinigung der badischen Schul- und Fürsorgeärzte, des Ev. Oberkirchenrates und der Inneren Mission, sowie des Mannheimer Bundes für Mutterschutz. Nach Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Prof. Dr. med. Baas, erstattete der Geschäftsführer Dr. med. A. Fischer den Kassen- und Tätigkeitsbericht. Die Arbeit der Gesellschaft erstreckte sich namentlich auf die Erforschung der gesundheitlichen Zustände in Baden, auf die Schaffung einer kulturhygienischen Ausstellung, Verbreitung kulturhygienischer Kenntnisse und auf Eingaben an das badische Unterrichtsministerium, sowie an das Reichsministerium des Innern. — An der Aussprache beteiligten sich Präsident Dr. Fuchs, Stadtarzt Dr. Pflüger, Freiburg, Reg.-Rat Stenz als Vertreter des Unterrichtsministeriums, Präsident Rausch und Prof. Lust.

Der wissenschaftliche Teil der Tagung war dem Thema: **„Die Frage der Sexualbelehrung in den Schulen" gewidmet.** Der erste Berichterstatter, Stadtobermedizinalrat Dr. Paull-Karlsruhe, faßte seine Ausführungen in 6 formulierten Punkten zusammen.

Fortbildungshauptlehrer Wissert-Konstanz legte als zweiter Berichterstatter insbesondere folgendes dar: Das erwachte natürliche Triebleben darf im Erziehungsprozeß nicht ignoriert werden. Es soll vielmehr durch vorsichtige Erklärung wesentlicher Vorgänge im Körper willensbetonte Kräfte wecken zu charakterbildender Selbstbewahrung. Sexualaufklärung muß zur Sexualerziehung erweitert werden. Diese ist mehr als eine Geschicklichkeitsfrage, sie ist Vertrauenssache.

An der Aussprache, die den Vorträgen folgte und bis 7 Uhr dauerte, beteiligten sich Generaloberarzt a. D. Dr. von Pezold, Dr. med. Kahn, Caritasrektor Steimer, Dr. med. Lion-Mannheim, Religionslehrer Prof. Schwall-Mannheim, Prof. Rupp, Fortbildungsschullehrerin Hornung, Stadtpfarrer Lic. Benrath und Prof. Keßler.

Zu dem vorliegenden Bericht schreibt uns ein Besucher der Tagung:

Die „Bad. Sozialhygienische Gesellschaft", die in den letzten Jahren eine auffallende Neigung zur Theologie zeigt (und sich unter ihrem Geschäftsführer Dr. Alfons Fischer in „moralhygienischer" Richtung immer mehr betätigt), hatte zu dem gewiß zeitgemäßen Thema „Sexualpädagogik in der Schule" neben dem etwas romantischen Fortbildungslehrer Wissert, dem man mehr Konzentration gewünscht hätte, den Karlsruher Schularzt Dr. Paull sich zum ärztlichen Referenten ausgewählt, — offenbar absichtlich ihn, aus der oben angedeuteten Tendenz. Denn sein Vortrag, der genau eine Stunde währte (der seines Gegenreferenten dauerte noch viel länger!), war im ganzen mehr die Rede eines moralisierenden Sittlichkeitsapostels reaktionärer Richtung, als der eines verstehenden Arztes. Der Kenner der Verhältnisse und der Menschen und etwa gar noch der Literatur über dieses Stoffgebiet fühlte sich bei den Ausführungen Paulls, die nicht gerade durch sachliche Gründlichkeit getrübt waren, dafür aber umsomehr das politische Gemüt des Referenten offenbarten, um tausend Jahre zurück verletzt. Daß Paull den „alten Staatsgedanken" und die doppelte Moral (dem Mann die „Freiheit", der Frau die „Sitte") pries und die neue Staatsidee (den „Wohlfahrtsstaat") von sich wies, versteht sich von selbst. Interessant war aber, daß für ihn auch selbstverständlich war, daß in der Schule des neuen Staates Sexualpädagogik nur nach dem „alten" Prinzip getrieben werden könne. (Konsequenterweise forderte deshalb der katholische Religionslehrer Schwall aus Mannheim die baldige Einführung der Konfessionsschule in Baden!)

Man bekam zum Schluß der Tagung der „Sozialhygienischen Gesellschaft" den bestimmten Eindruck nicht los, daß man die ganze „Aufführung" gemacht hatte, um dem Kultusministerium Material" zuzuführen, und man muß allen Ernstes fragen: wird das Kultusministerium sich von solchem Geist treiben lassen?

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: G. Grünebaum. Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Feuilleton: Die Welt der Frau: Hermann Winter. Groß Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe

Die Ausschmückung der Schaufenster mit Ware

Seitdem das Kunsthandwerk, durch die Not der Zeit gezwungen, sich überall betätigen muß, um sein Dasein fristen zu können, hat es sich auch an die Stoffe herangemacht, die es seit einem halben Jahrhundert beiseite liegen ließ. Es erinnerte sich wieder des Leders, das nicht bloß als Schuhwerk verarbeitet, sondern Jahrhunderte lang eine große Rolle in der Mode spielte. Von Wien kam jetzt wieder die Anregung. Im Lederhaus Eduard Müller (Waldstraße) sind die neuesten Erzeugnisse aus dem Wiener Lederkunsthandwerk ausgestellt. Vorbild zu den neuartigen Formen und ihren ornamentalen Ausschmückungen waren venezianische und florentinische Arbeiten aus dem siebenzehnten Jahrhundert. Selbstredend hat der Künstler, meistens sind es Künstlerinnen, dem Zeitgeschmack Rechnung getragen. Es wird nur bestes Material verwendet. Wo es sich um eine lederne Kostbarkeit handelt, wird nur naturgegerbtes Leder verarbeitet. Hand in Hand mit der künstlerischen Schmückung geht natürlich auch die mit besonderer Sorgfalt beobachtete Verarbeitung und die auf einen sehr einfachen aber geschmackvollen Ton abgestimmte Ausstattung. Trotz der durch die künstlerische Mitarbeit verursachten hohen Gestehungskosten sind diese Wiener Lederstücke nicht unverschwinglich im Preise.

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

10. Dezember: 1830 †Simon Bolivar, Befreier Süd-Amerikas. — 1889 †Dichter Ludwig Anzengruber. — 1896 †Chemiker Alfred Nobel. — 1917 Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden in Rußland. — 1922 Friedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Haag.

Wahl des Stadtverordneten-Vorstandes

Nachdem nun am Montag die Stadtratswahl stattgefunden hat, wird nun am kommenden Dienstag, den 16. Dezember, die Wahl des Stadtverordnetenvorstandes, des Obmanns und des stellvertretenden Obmanns des Stadtverordnetenvorstandes vorgenommen. Mit Erledigung dieser Wahl sind sodann alle Wahlen getätigt, die mit der Gemeindewahl zusammenhängen. Im alten Bürgerausschuß stellten die Sozialdemokraten schon seit vielen Jahren als stärkste Partei den Stadtverordnetenobmann und das Zentrum als zweitstärkste Partei den stellvertretenden Obmann.

Die Zusammensetzung des Stadtverordnetenvorstandes erfolgt dem Stärkeverhältnis der Parteien entsprechend und durch die Verschiebung des Stärkeverhältnisses soll nun auch in der Stellung des Obmanns und des stellvertretenden Obmanns eine Aenderung eintreten. Die Nationalsozialisten verlangen nämlich als stärkste Partei den Posten des Obmanns. Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß nach der bisherigen Uebung im Bürgerausschuß noch stets die stärkste Partei auch den Obmannsposten innegehabt habe und bei konsequenter Fortsetzung der bisherigen Methode ihnen der Obmann zu überlassen sei. Infolge der antiparlamentarischen und antidemokratischen Einstellung der Nationalsozialisten könnte man zwar sagen, daß die Hakenkreuzler gar kein Recht haben, für sich aufgrund der Demokratie den Obmannsposten zu beanspruchen. Aber wenn es bekanntlich etwas zu holen gibt, berufen sich selbst die geschworensten Feinde der Demokratie stets auf die demokratische Gerechtigkeit, um für sich Vorteile zu erschaffen. Ob die Parteien damit einverstanden sind, daß die Nazis den Obmannsposten besetzen, steht noch nicht fest.

Die Nationalsozialisten sind bereit, wie bei Verhandlungen ihr Parteiführer Stadtrat Jäger erklärte, für einen Sozialdemokraten als stellvertretenden Obmann zu stimmen. Im bisherigen Stadtverordnetenvorstand stellte das Zentrum als zweitstärkste Partei den stellvertretenden Obmann.

Nach dem Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien bzw. Gruppen wird der neu zu wählende Stadtverordnetenvorstand sich zusammensetzen aus 3 Nationalsozialisten, 2 Sozialdemokraten, 2 Zentrum, 1 KPD. und 2 Arbeitsgemeinschaft.

Zum Brand im Altersheim

Über den der gestrige Polizeibericht meldete, wird uns von der Berufsfeuerwehr noch geschrieben:

Um 5.34 Uhr lief an der Hauptfeuerwache Ritterstraße Meldung ein, Zähringerstraße 4/6 im städtischen Altersheim Feuer. Schon beim Einbiegen des 1. Löschzuges am Marktplatz durch die Zähringerstraße zeigte heller Feuerschein die Lage der Brandstelle. Hell lodernd schlägt das Feuer aus den Fenstern des Erdgeschosses des städt. Altersheimes. Mit zunächst 2 Rohren wird der ausgedehnte Brandherd im Erdgeschoß in Angriff genommen. Starke Hitze und Qualm erschwerten die Löschtätigkeit der eingesetzten Mannschaften in hohem Maße. Nachdem festgestellt wurde, daß für die zahlreichen Hausinsassen keine Gefahr bestand, kommt von der Straße der Ruf, daß es auch im Dachgeschoß brenne. Inzwischen eingetroffene Verstärkung von der Hauptfeuerwache greift sofort mit einer weiteren Leitung das Feuer im Dachgeschoß an.

Die Uebertragung des Feuers von dem vom Feuer betroffenen Erdgeschoßraum fand statt durch einen Entlüftungsschacht, der durch alle Geschosse gehend im Dachgeschoßraum endigte. Dieser Schacht wirkte als gut ziehender Kamin, der ohne weiteres das Feuer Hitze, und Qualm vom Erd- in das Dachgeschoß übertrug.

Das Feuer hatte im Dachgeschoß in großen Mengen von Koffern, Körben usw. reichlich Nahrung gefunden.

Im Erdgeschoß ist ein großer Raum, der als

Lesesaal, Musikzimmer usw. diente, restlos ausgebrannt.

Ein Flügel, ein Klavier, Sessel, Tische, Bücherschrank, Wandverschalung usw. sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Dank der raschen Arbeit und des schnell vorgetragenen Angriffs wurde eine Gefährdung der vielen alten Hausinsassen verhindert. Die ebenfalls rasch an der Brandstelle erschienenen Polizeimannschaften unter Hauptmann Grasser sorgten für gründliche Absperrung der Brandstelle.

Gerade ein Feuer wie dieses, bei dem das Leben so vieler Menschen gefährdet war, läßt den stillen Wunsch der Verbesserung der Feuermeldeverhältnisse im Interesse der Bevölkerung der Stadt Karlsruhe bei denen rege werden, die berufen sind, rasch Hilfe zu bringen. Es gehen heute immer noch kostbare Minuten verloren bei der telefonischen Uebermittlung der Feuermeldungen.

Eine Brandwache übernahm nach Abrücken der beiden Löschzüge die Sicherung der Brandstelle.

Gesangverein Gleichheit

Aus Anlaß der 27jährigen Gründungsfeier der „Gleichheit" fand am Samstag im „Auerhahn" eine familiäre Abendfeier statt. Trotz der schweren Zeit war die Veranstaltung gut besucht. Mit der Feier war zugleich die Ehrung verdienter Mitglieder verbunden. Nach Vortrag einiger Lieder unter der bewährten Leitung unseres Chormeisters Herrn Christian Fassel wurden geehrt vom Gaukassier Wolf, als Vertreter der Gauleitung, für 25jährige Tätigkeit als Arbeitersänger mit der Bundesnadel: E. Ruch, L. Schott, K. Würzburger, W. Lehmann, F. Lacher, K. Beck, J. Ernst und Albert Schmith, ferner von der Verwaltung der „Gleichheit" für 25jährige Aktivität: W. Lehmann mit Uhr und Diplom, G. Schmidt für 20jährige Aktivität den Sängerring, A. Winkelmüller für 15jährige Aktivität die Sängernadel. Ferner erhielten Diplom für 10jährige Mitgliedschaft: A. Weisbrod, H. Brull, W. Renz, K. Bauer, F. Lotsch, W. Knobloch und U. Ball. Was besonders Freude hervorrief, war die Ehrung unseres Herrn Chormeisters Fassel durch die Gauleitung mit der goldenen Bundesnadel als Anerkennung für 25jährige Tätigkeit als Arbeiterdirigent. Gaukassier Wolf überreichte ihm dieselbe mit einer herzlichen Ansprache. A. Schmith sprach im Namen der Geehrten dem Gau sowie der Verwaltung der „Gleichheit" den Dank aus. Nach der Ehrung wurde ein flott gespieltes Theaterstück aufgeführt von den Mitgliedern Pfefferle, Himpel, Osbahr, Kunz, Baumer, Schwarze und Schramm als Moritz, was viel zur Unterhaltung des Abends beitrug. Herrn Greiser erfreute die Anwesenden durch einige humoristische Vorträge. A. Sch.

Genosse August Friedrich 70 Jahre

Dem Alten zu Ehr! Am heutigen 10. Dezember kann unser allverehrter Genosse August Friedrich seinen 70. Geburtstag begehen. Mit dem Jubilar ist ein großes Stück Arbeiterbewegung verbunden. Als Sohn eines Glasermeisters wurde er in Mulfingen in Württemberg geboren, erlernte ebenfalls das ehrbare Handwerk der „Luft-, Licht- und Dichtmacher", und schon 1886 finden wir ihn als Mitglied der damaligen Glasersterbekasse in Stuttgart. In Würzburg legte er den Grundstein zur damaligen Zahlstelle des Zentralverbandes der Glaser, derjenigen Organisation, der er mit Leib und Seele angehörte bis zur Verschmelzung, deren 2. Hauptvorsitzender er auch jahrelang war. 1887 schloß er sich der Partei an. Nach Karlsruhe verlegte der Jubilar 1894 seinen Wohnsitz. Wir können uns wohl keine Veranstaltung unserer Arbeitersänger denken, wo wir nicht unseren Friedrich in vorderster Linie als Bannerträger finden. Gesang ist und bleibt sein Hauptideal, war er doch schon 1877 im kath. Gesellenverein in Würzburg aktiv tätig, nach dem Fall des Sozialistengesetzes Mitbegründer zweier Vereine und heute noch ist er bei der „Lassallia" einer der eifrigsten. Und wenn er, der alte Kämpe, heute noch als strammer „Feger" in gleichem Schritt mit den Kampfbataillonen der Republik marschiert, so weiß auch das Reichsbanner ihn zu schätzen. Aber nicht nur in der Arbeiterbewegung stand Gen. Friedrich seinen Mann, sondern auch in seinem Berufe. Seit 15 Jahren gehört er dem Gesellenausschuß der Handwerkskammer an und viele Jahre dem Gesellenprüfungsausschuß der Glaserinnung.

70 Jahre Proletarierlos ist unserem Freunde beschieden, manch schweren Schicksalsschlägen verstand er zu trotzen; als Pionier in der Arbeiterbewegung wird er von uns geachtet. Möge unsere heutige Jugend an ihm ein Beispiel nehmen. Dem Geburtstagskind zum heutigen Jubelfeste ein herzliches „Glück auf" und noch recht viele Jahre bester Gesundheit!

Praktische Fragen aus dem Betriebsrätegesetz

In der Vortragsreihe des Bildungsausschusses des Gewerkschaftskartells hielt am Montag abend im Volkshaus Koll. Faller einen Vortrag über „Praktische Fragen aus dem Betriebsrätegesetz". Vor vollbesetztem Saale ging er davon aus, daß bei der Entstehung des Betriebsrätegesetzes in einer bestimmten Schicht der Arbeiterschaft eine sehr skeptische Stimmung demselben gegenüber bestand. Diejenigen, die sich auf den Boden der Tatsachen stellten, wurden von diesen Leuten angepöbelt und zum Verräter gestempelt. Die Praxis hat aber bewiesen, daß bei geschickter Handhabung des Betriebsrätegesetzes für die Arbeiterschaft doch manches herauszuholen ist. Aus seiner Praxis als Bezirksbetriebsrat bei der Reichsbahn wies er dann darauf hin, daß die Rev. Gew.-Opposition bei der diesjährigen Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn das Arbeitsgericht angerufen haben, weil der Wahlvorstand ihre Liste abgelehnt hatte. Dabei hatten sich die Vertreter der Rev. Gew.-Opposition so bar aller Gesetzeskenntnisse erwiesen, daß ihre erste Beschwerde vom Arbeitsgericht zurückgewiesen wurde und sie mußten erst belehrt werden, wie eine Klage beim Arbeitsgericht zu führen ist. Aber auch bei der zweiten Einreichung der Klage wurden sie abgewiesen und dem Wahlvorstand recht gegeben, weil sie auch bei Einreichung ihres Wahlvorschlages eine glänzende Unkenntnis des Betriebsrätegesetzes an den Tag legten. Der Redner behandelte dann weitere Fälle aus der Praxis der Betriebsräte und hob hervor, wann und unter welchen Umständen ein Betriebsrat fristlos entlassen werden kann. Auch behandelte er Fälle, in denen der Arbeitgeber vom Arbeitsgericht mit der Klage auf Entlassung des Betriebsrats abgewiesen wurde. Soll ein Arbeiter entlassen werden, so ist es vor allen Dingen Pflicht des Betriebsrats, darauf zu achten, daß die Einspruchsfrist gewahrt wird. Der Arbeiter muß innerhalb 5 Tagen Einspruch beim Betriebsrat erheben. Versäumt der Betriebsrat, den Einspruch weiterzuleiten, oder leitet er ihn zu spät weiter, so kann er auf Schadenersatz verklagt werden. Gibt ein Betriebsrat dem Einspruch des gekündigten Arbeiters nicht statt, weil dieser einer bestimmten Organisation angehört, oder weil er nicht organisiert ist, so kann der Betriebsrat u. U. mit Gefängnis bestraft werden. Auch interne Angelegenheiten des Betriebes, die dem Betriebsrat in seiner Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats bekannt werden, darf er nicht preisgeben, auch seinen Betriebsratskollegen nicht, ohne sich strafbar zu machen.

Die klaren Ausführungen des Kollegen Faller wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An das Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der besonders betont wurde, daß bei Beschreitung des Klageweges die Einspruchsfristen zwingend sind und daß die Arbeitsgerichte bei jeder Klage zuerst scharf prüfen, ob die Einspruchsfristen gewahrt sind, bevor sie zur Klage überhaupt Stellung nehmen. Auch die Frage der Ordnungsstrafen wurde angeschnitten und vom Leiter der Versammlung, Kollegen Schulenburg dahingehend beantwortet, daß Strafen verhängt werden können, wenn die Arbeitsordnung Strafen vorsieht.

Nach Beantwortung verschiedener weiterer Fragen schloß Koll. Schulenburg mit dem Hinweis auf den Vortrag in 8 Tagen den lehrreichen Vortragsabend. D.

Gegen kommunale Betriebe

Man schreibt uns: Wer heute in der Auswahl seiner Presse zu einseitig ist oder mal Gelegenheit hat, Stammtischgesprächen zuzuhören, der muß zu der Ansicht kommen, daß in den Behörden und kommunalen Betrieben nur unfähige Köpfe für die Allgemeinheit eine zu teure Arbeit leisten und daß dort eine unbeschreibliche Korruptionswirtschaft herrscht. Ohne Kenntnis der Materie und meist sogar gegen besseres Wissen wird da häufig an jeder Behördenarbeit kritisiert und ihr die viel billiger und wirtschaftlicher arbeitende sogenannte freie Wirtschaft als leuchtendes Beispiel vor Augen gehalten. Ein Beispiel dieser Kritik hat sich der Residenzanzeiger vom 2. Dezember wieder geleistet, wenn er von dem „Miniaturhäuschen" am Stephansplatz spricht, zu dessen Fertigstellung das städtische Hochbauamt so viel Zeit benötigt, was übrigens schon die „kostspielige Umzäunung" hätte vorausahnen lassen. Er spricht zugleich die Hoffnung aus, daß der neue Stadtrat und Bürgerausschuß „den Gründen nachgehen" möge.

Hat denn der Schreiber sich die Mühe genommen, mal hinter den „kostspieligen" Bauzaun zu sehen? Hat er sich mal über die Gründe des nach seiner Ansicht zu langsamen Fortschritts der Arbeiten informiert? Wenn ers getan hätte, dann hätte er vielleicht mit Staunen festgestellt, daß bei dem „Miniaturhäuschen" die Hauptbaumasse und Arbeit im Boden steckt. Vielleicht hätte er erfahren, daß dieses „Miniaturhäuschen" nach seinen Baukosten einem 5-geschossigen Wohnhaus entspricht. An dem Bau ist durch die Großtankstelle noch eine große Privatfirma beteiligt, wodurch die Bauleitung gewiß nicht einfacher geworden ist. Die Bauleitung ist andererseits in der Einhaltung der Termine abhängig vom guten Willen und Können von Privatfirmen, d. h. der vielgerühmten freien Wirtschaft. Daß das Urteil des Schreibers von keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, beweist die Tatsache, daß er einen Bau, in dem eine große unterirdische sanitäre Anlage mit umfangreichen Installationen, ein Ladenbau sowie eine Großtankstelle vereinigt sind, mit Wohnbauten vergleicht. Er hätte auch erfahren können, daß die „kostspielige Umzäunung" die Stadt keinen Pfennig kostet.

Dieses kleine Beispiel zeigt jedoch wieder, wie unsinnig in den weitaus meisten Fällen diese heute so beliebte Kritik ist, die nur herunter- und damit einreißt ohne etwas Besseres zu geben und damit aufzubauen. Sie vergrößert nur immer mehr die Atmosphäre des Mißtrauens und verhindert die Gesundung.

*

(:) **Kundgebung der Technischen Hochschule Karlsruhe gegen die Deutschenhetze in Polen.** Den Protesten, die nach den letzten Sejm-Wahlen der Republik Polen erhoben wurden, schloß sich auch die Karlsruher Technische Hochschule an, indem die Studentenschaft und der Rektor der Technischen Hochschule zu einer Kundgebung gegen die Deutschenhetze in Polen aufgerufen hatten, die am 2. Dezember 1930 in der Aula der Fridericiana stattfand. Die Teilnahme der Hochschulangehörigen war außerordentlich stark, so daß die Aula überfüllt war und viele stehen mußten.

Der Rektor der Technischen Hochschule Herr Prof. Dr.-Ing. R. Plank hielt folgende Ansprache:

Ich begrüße es, daß die Karlsruher Studentenschaft diese Kundgebung veranstaltet, um die menschenunwürdigen Vorgänge, die sich in den letzten Wochen bei den Wahlen in Polen abgespielt haben, und die in der deutschen Note vom 29. November an den Generalsekretär des Völkerbundes ihre wahrheitsgetreue und erschütternde Darstellung finden, zu brandmarken und zu verurteilen. Ich begrüße es ferner, daß auch die Dozentenschaft an dieser Veranstaltung teilnimmt.

Unsere Kundgebung trägt keinen politischen Charakter, sie ist ein flammender Protest gegen die Verletzung elementarer Menschenrechte. Wir stellen uns einmütig hinter unsere Reichsregierung, die ihren Protest in Genf nicht nur im Namen des Rechtes, sondern auch im Namen der Menschlichkeit erhoben hat.

Wir wollen uns ganz besonders vergegenwärtigen, daß die verabscheuungswürdigen polnischen Terrorakte in Landesgebieten verübt wurden, die ihre ganze Kultur und die ihre wirtschaftliche Entwicklung deutscher Arbeit und deutschem Geist zu verdanken haben, und deren heutige Machthaber diesem Besitz nicht eigenem Opfermut, eigener Tapferkeit und eigener Größe, sondern dem Zufall einer politischen Konstellation am Ende eines Krieges, an dem sie selbst nicht teilgenommen haben, verdanken. Wir dürfen hoffen, daß eine Beute, die so kampflose und künstlich einverleibt wurde, und zu deren Erhaltung die fremden Machthaber so schamlose Methoden anzuwenden genötigt sind, keinen dauernden Bestand haben wird und in einer veränderten politischen Lage ebenso unbürtig zu ihrem rechtmäßigen Besitzer zurückkehren wird.

Wenn im Weltkriege die Zeit gegen uns gearbeitet hat, so arbeitet sie jetzt, wenn die Leidenschaften sich legen und die begangenen Irrtümer erkannt werden, für uns.

Die Deutsche Studentenschaft zählt seit jeher zu ihren Aufgaben die Wahrung der Interessen deutscher Minderheiten im Auslande. Sie mußte daher auch in diesem Fall, der eine der größten Verletzungen vereinbarten Minderheits-Schutzbestimmungen darstellt, auf dem Plan erscheinen.

Die Rede wurde mehrmals von spontanem Beifall unterbrochen. Das Wort ergriff sodann der 1. Vorsitzende der Karlsruher Studentenschaft, H. Askevold.

Am Schlusse der Kundgebung gelangte eine entsprechende Entschließung einstimmig zur Annahme.

*

Hierzu wird uns nun von einem Parteigenossen, der Gelegenheit hat, die Mentalität gewisser Studenten näher zu beobachten, geschrieben:

Wir, die wir grundsätzlich eine Politik der Völkerversöhnung vertreten und auf dem Boden der II. Internationale stehen, brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß wir die chauvinistischen Ausschreitungen der Polen gegen Deutsche ebenfalls verurteilen und dieselben auch als eine Verletzung elementarer Menschenrechte betrachten. Aber das darf schon gesagt werden, das Recht zu derartigen Protesten hat die zu 80 Prozent **nationalsozialistisch verseuchte deutsche Studentenschaft** in allerletzter Linie. Ueberall, wo sich bis jetzt in Deutschland nationalsozialistischer Janhagel gegen „Fremdstämmige" unangenehm bemerkbar machte, waren Studenten immer mit dabei, wenn nicht überhaupt die Urheber. Auch bei dem bekannten Skandal im „Darmstädter Hof", wo von hakenkreuzlerischen Rowdys eine internationale Tarifkommission verprügelt und 3 Franzosen mit Faustschlägen traktiert wurden, waren Studenten ebenfalls beteiligt. Zwei Studenten standen später dieserhalb vor Gericht. Wenn in letzter Zeit im Ausland der Deutschenhaß besonders in die Binsen schießt, so dürfte der Grund hierfür wohl nicht zuletzt in dem nationalistischen Einschlag der verflossenen deutschen Reichstagswahlen zu suchen sein, der den Nationalisten des Auslandes die Gründe zu ihrer deutschfeindlichen Einstellung liefert. Es ist schon so, daß die Nationalsozialisten diesseits und jenseits der Grenzpfähle einander den Ball zuwerfen. Sie hetzen gegen das „Ausländische", wenn ihnen aber dann im Ausland mit gleicher Münze heimgezahlt wird, dann wollen sie noch großartig den Mund aufreißen.

(:) **Freier Hausfrauenbund Karlsruhe.** Am Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags 4 Uhr, spricht Frau L. Kähler, Berlin, früheres Mitglied des Reichswirtschaftsrates und zwar über Fragen, die für die Hausfrauen von außerordentlicher Bedeutung sein dürften. Frau Kähler, welche schon jahrzehntelang sich mit hauswirtschaftlichen Fragen beschäftigt, verdient, daß unsere Hausfrauen restlos erscheinen. Wir bitten auch die Genossinnen der soz. Frauengruppe, sich bei dieser Zusammenkunft beteiligen zu wollen.

(:) **Raupenvertilgung.** Die Zeit für die Vertilgung der Raupen ist gekommen. Im Hinblick auf die Bedeutung einer wirksamen Bekämpfung der Raupenplage für den Obst- und Gemüsebau, mithin auch für die Volksernährung, wird nochmals auf die Bekanntmachung vom 15. Oktober 1930 hingewiesen. Jeder Besitzer von Obst- und Zierbäumen sowie Sträuchern in Gärten, Höfen, auf Feldern und Wiesen, an Straßen, Wegen und Dämmen ist verpflichtet, die Bäume und Sträucher bis spätestens 15. Februar 1931 von Raupennestern zu reinigen. Nach diesem Zeitpunkt wird eine Nachschau veranstaltet. Diejenigen Besitzer, die unterlassen haben, die Vertilgung vorzunehmen, machen sich strafbar und haben außerdem noch die Kosten für die Entfernung der Raupennester zu tragen.

(:) **Weihnachtsfeier der Schülerkapelle.** Am Sonntag, den 14. Dezember, 14.30 Uhr, hält die Städt. Schülerkapelle im großen Festhallesaal ihre diesjährige Weihnachtsfeier ab. Der Hauptlehrer Greulich hat ein dem Charakter des Festes angepaßtes Programm zusammengestellt. Freunde und Gönner, die im Lichterglanz des Weihnachtsbaumes und unter den Klängen der jungen Musikerschar eine schöne Weihnachtsfeier erleben wollen, sind freundlichst eingeladen.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

Am Dienstag nachmittag kam es Ecke Garten- und Karlstraße zum Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug der Linie 3 und dem Lastfuhrwerk eines Landwirts. An dem Fuhrwerk wurde die Deichsel abgerissen. Personen kamen nicht zu Schaden. Dagegen erlitten eines der Pferde leichte Schürfwunden. Der Unfall ist auf die Unvorsichtigkeit des Landwirts zurückzuführen. Der Führer der Straßenbahn konnte durch elektrisches Bremsen ein größeres Unglück verhüten.

Diebstähle

Am Dienstag wurden der Polizei 6 Fahrraddiebstähle angezeigt. Ein Fahrrad wurde herrenlos aufgefunden. — Ein verheirateter Landwirt von Durlach gelangte wegen erschwerten Forstdiebstahls zur Anzeige, weil er im städt. Wald in Durlach 7 Eichen im Durchmesser von 7—10 Zentimeter mit der Axt gefällt und entwendet hat.

Sachbeschädigung

Ein unbekannter Täter beschädigte mutwilligerweise den Personenkraftwagen eines Kaufmanns, während das Auto in der Kaiserstraße stand. Der Kaufmann beklagt einen Schaden von etwa

*

Esperanto — ein neuer Streiter in der Karlsruher Arbeiterkulturbewegung. Am 5. Dez. ist eine Gruppe des sozialistischen Esperanto-Bundes (S.E.A.) gegründet worden. Diese Gründung war eine Notwendigkeit. Die junge Gruppe hat sich das Ziel gesetzt, die internationale Weltsprache, das Esperanto, unter der arbeitenden Bevölkerung zu lehren und zu verbreiten. Darum, Genossen und Genossinnen, Hand- und Kopfarbeiter, besonders der geistigen Gewerkschafts-, Sport- und Arbeiterjugend, wir rufen euch allen: Kommt zu uns und lernt die schöne Sprache, das Esperanto. Sie dient zur Verständigung mit gleichgesinnten ausländischen Genossen. Die Karlsruher Ortsgruppe des S.E.A. beginnt am 19. Januar 1931 im „Palmen" einen neuen Kurs für Anfänger. Der Unterricht ist kostenlos, also, Genossen und Genossinnen, kommt und lernt das Esperanto, und wenn der allergrößte Teil der Genossen, die der internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung angehören sind, Esperanto beherrschen werden, wird eine internationale Verständigung viel leichter sein. Darum, Genossen und Genossinnen, auf zur Tat. Unser Wahlspruch muß heißen: durch Esperanto zur Völkerverständigung, zum wahren Völkerfrieden. Rohla.

Viehzählung. Die durch die Bekanntmachung des Oberbürgermeisters vom 28. November angekündigte Viehzählung geht diesen Tagen zu Ende. Wer Vieh der unter die Erhebung fallenden Arten besitzt (dazu gehören auch die Hunde), jedoch nach seinem Viehbestand nicht amtlich befragt sein sollte, ist verpflichtet, sofort beim städt. Statistischen Amt, Zähringerstraße 98, oder einem Gemeindesekretariaten schriftlich oder mündlich die nötigen Angaben zu machen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Voraussichtliche Witterung für Donnerstag, 11. Dezember: Nach Aufheiterung mit leichten Nachtfrösten auffrischende südliche Winde und vereinzelte Niederschläge.

Wasserstand des Rheins

Kehl 74, gef. 6; Maxbhut 271, gest. 8; Schusterinsel 132, gef. 11; Kehl 256, gef. 7; Maxau 476, gest. 1; Mannheim 401 Zentimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Rüppurr

Der **Parteiversammlung**, die morgen **Donnerstag**, 11. Dez., im „Zähringer Löwen" stattfindet, hält Gen. Theodor Maier (z. Zt. des verhinderten Genossen Weißmann) einen Vortrag. „Faschistische Welle" lautet das gewiß zeitgemäße Thema. Da das Thema ein äußerst aktuelles ist, so ist anzunehmen, daß unsere Parteifreunde und Volksfreundleser zahlreich erscheinen. Anfang 8 Uhr.

Arbeiterwohlfahrt

Frauentag abend 8 Uhr Karl-Friedrich-Straße 22 Vorstandssitzung.

Bezirk Oststadt

Donnerstag, 11. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „**Bernerhof**" Bezirksversammlung statt. Genosse Professor Helm wird einen Vortrag halten über „**Das kulturelle Gesicht des Hochkapitalismus**". Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, **dafür besorgt zu sein**, daß der als guter Redner bekannte Referent sein interessantes Thema **vor überfülltem Lokal behandeln kann.**

Karlsruhe

Sozialdemokratische Partei. Die für den Monat Dezember angekündigte Versammlung fällt aus, dafür findet am Freitag, 12. Dez., abends 8 Uhr, ein vom Volksfreundverlag arrangierter Lichtbildabend im „Karlsruher Hof" statt: „Die Mutter", frei nach dem Roman von Maxim Gorki. Wir laden alle Parteigenossen, Volksfreundleser und Gewerkschaftler freundlichst ein. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielleute: Mittwoch, 10. Dez., abends 7-30 Uhr Antreten sämtlicher Spielleute Ecke Sofien- und Yorckstraße. (Dienstanzug, Spielzeug). Uebung fällt aus.

Mannschaft: Donnerstag, 11. Dezember Versammlung im Lokal „Germanshalle" punkt 8 Uhr abends. Vollzähliges Erscheinen dringlich.

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs).

	9. Dez. Geld	9. Dez. Brief	8. Dez. Geld	8. Dez. Brief
Holland 100 Fl.	168.59	168.93	168.56	168.90
London 100 L.	21.94	21.98	21.94	21.98
New York 1 Pfd.	20.339	20.379	20.339	20.379
Paris 1 Doll.	4.1865	4.1945	4.1875	4.1955
Prag 100 Kr.	16.45	16.49	16.446	16.486
Schweiz 100 Fr.	12.419	12.439	12.422	12.442
Italien 100 Fr.	81.14	81.30	81.145	81.305
Madrid 100 Pes.	46.65	46.75	46.30	46.40
Oslo 100 Kr.	112.34	112.56	112.37	112.57
Wien 100 Schilling	58.93	59.05	58.92	59.04

Kleine badische Chronik

Frecher Einbruch

DZ. **Diersheim** bei Kehl, 9. Dez. Ein frecher Einbruch wurde in der vergangenen Nacht bei der Witwe **Friedrich Hauß** verübt. Zwei Einbrecher drangen in die Wohnung der alten Frau ein und durchsuchten die Schubladen. Die erwachte Frau wurde von den Einbrechern **mißhandelt**, so daß sie bewußtlos liegen blieb. Auch der Sohn, der auf das Geräusch herbeieilte, wurde von ihnen mißhandelt, doch gelang es ihm, sich loszureißen und Hilfe herbeizuholen. Mit 30 ℳ Beute ergriffen die Einbrecher die Flucht. — In **Krotzingen** (Staufen) wurden heute nachmittag zwei etwa 20 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter, **Vogelsang** und **Philipp**, unter dem dringenden Verdacht verhaftet, in der Nacht zum Montag den Ueberfall in Diersheim verübt zu haben. Sie wurden nach Freiburg ins Untersuchungsgefängnis verbracht.

Schwerer Motorradunfall — Ein Todesopfer

*** Schiltach, 9. Dez. Unweit des Korndörferschen Fabrikanwesens kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Lastauto und Motorrad. Der Motorradfahrer Weigold aus Wolfach kam mit seinem Motorrad aus Richtung Schramberg und fuhr in einer Kurve in ein entgegenkommendes Lastauto hinein. Weigold wurde auf der Stelle getötet, während sein Mitfahrer Mathias Schmalz aus Lehengericht innere und äußere Verletzungen erlitt und sofort ins Krankenhaus verbracht werden mußte.**

Nächtlicher Scheunenbrand

Graben, 9. Dez. In der Nacht auf Sonntag brach kurz nach 13 Uhr in der Scheune des Landwirts **August Wilhelm Süß** Feuer aus, dem Vorräte an Heu und Stroh, zwei Wagen, ein Fahrrad und einige landwirtschaftliche Geräte zum Opfer fielen. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Scheune ist bis auf den Grund ausgebrannt. Nachbarscheunen waren vorübergehend stark gefährdet.

Stillegung der Strecke der Albtalbahn Busenbach—Brötzingen

Nach einer Mitteilung der Direktion der Bleag wird die Linie **Busenbach—Brötzingen** ab 1. Januar 1931 stillgelegt, wenn bis dahin nicht die nötigen Voraussetzungen für die Weiterführung dieser Bahnlinie geschaffen worden sind. Das freiwerdende Personal soll dann von der Bleag in anderer Weise beschäftigt werden. — Eine Betriebseinstellung der Albtalbahnstrecke Ettlingen—Herrenalb zum Jahresschluß, wie gerüchtweise verlautete, ist nicht geplant. Versammlungen von Interessenten in Dietlingen und Fischweier brachten zum Ausdruck, daß unter allen Umständen die Weiterführung der Bahn ermöglicht werden müsse.

*

Oestringen (bei Bruchsal). Hier wurde morgens eine viehische Tat festgestellt. Nachts hat man den wertvollen Schäferhund des hiesigen Forstwarts mit **25 Gabel- und Messerstichen** bearbeitet und tot aufgefunden. Nicht genug mit dieser unerhörten Quälerei wies man dem Tier auch noch Schlaghiebe nach. Die gemeinen Burschen sind bis jetzt leider nicht bekannt.

Odenheim. (Betriebsstillegungen.) In den Zigarrenfabriken der Firmen Reis, Kahn und Flegenheimer wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt und ist die Stillegung auf 13. bzw. 20. Dezember vorgesehen. Wenn auch in der Kahnschen Fabrik noch eine Möglichkeit besteht, bei täglicher Kündigung weiter zu arbeiten, so ändert das doch nichts daran, daß etwa 300 Menschen **arbeitslos werden**. Die Stillegungen wirken umso bedauerlicher, als sie gerade auf Weihnachten erfolgten und so viele Sorgen in die Häuser schickten.

Bruchhausen (bei Ettlingen). Ein 19 Jahre altes Mädchen wurde von einem Burschen in fahrlässiger Weise angeschossen. Die Kugel drang dem Mädchen in das Zwerchfell. Es mußte ins Vinzentiushaus nach Karlsruhe gebracht werden, wo ein operativer Eingriff erfolgte.

Herrenalb. Eine schwere Schädigung erlitt der hiesige Fuhrmann Weigold durch den Mutwillen zweier Bernbacher Jungen, die durch Steinwürfe und Stupfen mit Holzstäben die beiden wertvollen Pferde des Langholzwagens zum Davonrennen veranlaßten, wobei das eine Pferd mit großer Wucht an einen Stamm anprallte. Es mußte getötet werden. Vor drei Jahren hatte es 1850 Mark gekostet.

Kork. Beim Turnen verunglückt. Der 12jährige Sohn des Gendarmerieoberwachtmeisters Riedinger, Schüler in der Oberrealschule in Kehl, stürzte beim Turnen so unglücklich vom Reck, daß er einen komplizierten Armbruch erlitt. Er wurde ins Krankenhaus verbracht.

*** Furtwangen.** Der Steffelbauer Kleiser von Schönenbach geriet beim Holzschleifen unter einen Baumstamm und erlitt so schwere Quetschungen, daß er nur als Leiche unter dem Stamm hervorgeholt werden konnte. Er hinterläßt eine junge Frau und zwei unmündige Kinder.

*** Herten, Amt Lörrach. Ein hiesiger Wagnermeister wollte mit einem Flobertgewehr einen Raubvogel schießen. Der Sohn öffnete rasch das Fenster, im Zurückgehen rannte er gegen den Vater, der schon das Gewehr entsichert hatte. Die Kugel ging los und traf den 26 Jahre alten Sohn in die Leber. Die Verletzung war so schwer, daß der Sohn verblutete.**

b. **Aus der Schweiz**, 5. Dez. Wegen erfolgter Tötung eines Touristen im Jungfraugebiet durch wegbereitenden Steinschlag, wurden zwei Führer zu 500 Franken Genugtuungssumme, die aber vereinbarlich auf 900 Franken erhöht wurde, ferner zu den Staats- und teilweisen Gerichtskosten und einer bedingten Freiheitsstrafe von je einer Woche Gefängnis verurteilt. — Die Geschwindigkeit des Föhnsturmes, der auch in Deutschland wütete, wurde von verschiedenen Wetterwarten einwandfrei gemessen und ein Schnelligkeitsrekord von **35 Sekundenmeter** festgestellt. Verschiedentlich konnten die Wetterwarte des Sturmes wegen ihr Haus nicht verlassen. Die Temperatur stand stellenweise auf minus 8 Grad C. — Vor dem Kantonsgericht Schaffhausen hatten sich 12 Mitglieder der Kommunistischen Partei zu verantworten wegen Tumults, Anstiftung dazu und Widersetzung. Entgegen dem regierungsrätlichen Verbot des Demonstrationszuges am 1. August hatten die Angeklagten doch einen solchen mit Fahnen usw. veranstaltet. Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen; das Urteil lautete auf Geldstrafen von 20 bis 100 Franken.

Das Auto im Schaufenster.

In Konstanz kam auf der Marktstätte eine Dame als Wagenführerin etwas ungeschickt mit einem Rad auf die untere Treppe des Sockels am Kaiserbrunnen, der Wagen gehorchte nicht mehr seiner Führerein, und so beendete sie ihre Zielfahrt über den Fußsteig im Schaufenster des dortigen Wäschegeschäftes. Weil gerade dieses Schaufenster ungefähr das größte der ganzen Straße ist, hatte der nicht große Wagen mit seinem Vorderteil darin ganz gut Platz. Marmorsockel, die große Spiegelscheibe, die Auslagen und ein Teil der Türe wurden die Opfer der ordnungsgemäß mit Führerschein zurückgelegten Fahrt, die dem Wagen nicht viel und den Insassen gar nichts schadeten. Ein kleines Denkmal wurde der Führerin errichtet durch die nachherige Anschrift an der Ladenruine: — „Damit Sie's wissen ganz genau: Ein Auto fuhr ins Fenster — Gelenkt von einer Frau." Ein Witzbold ergänzte über Nacht diese Illustration so: „Aus dieser Siche ergibt sich klar: — Nie soll eine Frau, es ist wirklich wahr, — Ein Auto durch die Straße lenken — Und lieber an den Haushalt denken." . . . Wozu zu bemerken ist, daß im Verhältnis die Frauen als Wagenführerinnen weniger karambolieren als die Männer. Allerdings braucht ein Dame ja nicht gerade in ein Herrenwäschegeschäft hineinzufahren. K. B.

Arbeiter-Kurzschriftbestrebungen

Durch Gabelsberger wurde die moderne Kurzschrift auf alphabethische Grundlage gestellt und durch Arends wurde in seiner Volksstenographie die Normalschreibung in das Kurzschriftwesen eingeführt. Auf dieser von Arends geschaffenen Volksstenographie die später von Matschenz vereinfacht wurde, wurde 1896 der **Deutsche Arbeiter-Stenographenbund** begründet. Er blieb jedoch nicht bei der von Arends-Matschenz übernommenen normalschreibenden Volkskurzschrift stehen, sondern hat in einer Reihe von Jahren durch eigene aktive Tätigkeit die übernommene Schrift weiter ausgebaut und verbessert und in ihre heutige Form umgestaltet. Die Schaffung und Festlegung der **Volkskurzschrift** auf demokratischem Wege ist durch die organisierte Arbeiterschaft im Deutschen Arbeiter-Stenographenbund zum erstenmal durchgeführt. Auf diesem Wege können auch weitere Wünsche auf Aenderungen oder Verbesserungen zur Durchführung kommen. Also nicht der Kampf für ein im Voraus festgelegtes und feststehendes System ist das Charakteristische des Deutschen Arbeiter-Stenographenbundes, sondern die **Anpassung der Kurzschrift** an die Interessen des arbeitenden Volkes auf demokratischem Wege. Alles für das Volk und durch das Volk. Seine besondere Bedeutung ist jedoch darin zu erblicken, all die Kräfte in der Arbeiterschaft, welche nach gleichberechtigter Schulung und Bildung drängen, aufzuwecken und in die Kenntnis der Kurzschrift einzuführen, damit sie als gleichberechtigte Faktoren in der Gesellschaft wirken können. Es liegt daher im Sinne dieser Ausführungen, die Volkskurzschrift des Arbeiter-Stenographenbundes als ein Werk solidarischen Schaffens durch die Erlernung zu unterstützen. Man wende sich an: Arno Ladensack, Lahr i. Baden, Friedrich Ebertstraße 13.

Volkswirtschaft

Lebensmittelumsatz in Warenhäusern. Nach einer Erhebung der Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser liegt der Oktoberumsatz wertmäßig um 8,4 Prozent unter dem Vorjahresstand. Für die ersten 10 Monate 1930 ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent festzustellen. Wieweit dem wertmäßigen Rückgang ein mengenmäßiger Rückgang entspricht, ist aus der Erhebung nicht ersichtlich. Die Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser nimmt allerdings an, daß das mengenmäßige Umsatzvolumen noch gestiegen sei. Von besonderem Interesse ist, daß in den Lebensmittelabteilungen trotz des Preisrückgangs der wertmäßige Umsatz im Oktober um 7,6 Prozent über Vorjahrshöhe lag. Danach ist anzunehmen, daß die „billigen Tage" in den Warenhäusern die Käuferschichten mehr als je anlocken.

Ueber das Vermögen der Heidelberger Radium-Wasser-Gesellschaft mit beschr. Haftung in Heidelberg wurde heute Konkurs eröffnet. Anmeldefrist am 20. Januar, Prüfungstermin 28. Januar.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 7. Dezember: August Breitinger, 65 Jahre alt, Witwer, Kraftwagenführer. Beerdigung am 10. Dezember, 14 Uhr. — 8. Dezember: Franz Heinz, 2 Jahre alt, Vater Heinrich Kastner, Schlosser. Beerdigung am 11. Dezember, 12.30 Uhr. Frieda Semmler, 56 Jahre alt, Ehefrau von Franz Semmler., Portier. Beerdigung am 10. Dezember, 14.30 Uhr.

Auskünfte der Redaktion

W. 834. 1. Die Mutter kann zum Unterhalt herangezogen werden. 2. Das Geld kann zurückverlangt werden. 3. Wenn die Mutter oder der Kindesvater für den Unterhalt aufkommt, dann kann die Mutter die Pflegestelle bestimmen. Erfolgt Unterstützung seitens des Fürsorgeamtes oder Jugendamtes, so können diese Aemter bei der Unterbringung des Kindes mitbestimmen. 4. Die Wahl kann die Mutter treffen, auch wenn der Vater für den Unterhalt aufkommt.

M., Achern. Bei der Krisenfürsorge können alle Einkünfte angerechnet werden, auch Unfall- und Invalidenrenten. Wir glauben deshalb kaum, daß eine Reklamation von Erfolg sein wird.

Neuburgweier. Der Abzug ist nach unserer Auffassung nicht berechtigt, aber nach den Bestimmungen der Krisenfürsorge gestattet.

Kirnbach. Eine bestimmte Frist ist nicht festgelegt, aber es ist Vorschrift, daß die Anträge so schnell erledigt werden müssen, wie es der Geschäftsgang gestattet.

Veranstaltungen

Mittwoch, 10. Dezember 1930.

Badisches Landestheater: 4. Sinfoniekonzert. 20 Uhr.
Colosseum: Die Weltsensation: Kapitän Winstons tauchende Wasserlöwen und Nymphen. 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele: Der keusche Joseph.
Union-Theater: Deutsche Herzen am deutschen Rhein.
Palast-Lichtspiele: Va banque.
Gloria-Palast: Der Greifer.
Schauburg: Pension Schöller.
Atlantik-Lichtspiele: Der Frosch mit der Maske. — Wenn Menschen reif zur Liebe werden.
Badische Lichtspiele: Lohnbuchhalter Kremke. 20.30 Uhr.

Vereinsanzeiger

Durlach. Sozialdemokratische Rathausfraktion. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr in der Festhalle, 2. Stock, **Fraktionssitzung.** Wegen sehr wichtiger Besprechung müssen alle Mitglieder von Nr. 1 bis 27 der Vorschlagsliste anwesend sein. 2278 **Der Vorstand.**

Wieder naht das Weihnachtsfest. Fürsorgende Liebe sinnt, mit welchen Gaben sie Freude bereiten kann. In heutiger schwerer Zeit wird man in erster Linie zum praktischen Geschenk greifen. Nennen wir z. B. nur Maggi's bewährte Erzeugnisse: Maggi's Würze, Maggi's Suppen, Maggis Fleischbrühwürfel, die in jedem Haushalt willkommen sind. Durch ihre vielseitige Verwendbarkeit helfen sie nicht nur Fleisch, Kohlen und Gas sparen, sondern erleichtern außerdem der Hausfrau die Kocharbeit.

Backartikel zu den herabgesetzt billigen Preisen erhalten Sie in allen Edeka Geschäften und noch 5% Rabatt in Marken

GLORIA

Ab heute

Ein Tonfilm der unerhörtesten scenischen Effekte

Ein Tonfilm der höchsten Spannung, der größten Ueberraschungen des bezwingenden Tempos 7784

HANS ALBERS in RICHARD EICHBERGS

Der Greifer

mit Charlotte Susa

und der übrigen großen Besetzung

Die abenteuerliche, sensationelle Geschichte des Mannes, der den lichtscheuen Elementen Londons die Hölle heiß machte und den schönsten Frauen den Kopf verdrehte

Für Jugendl. unter 18 Jahren verboten!
Beginn 3½, 5, 7 und 9 Uhr

Der Blitz am Mittwoch

Damen-Strümpfe
reine Wolle gewebt Mark **1.90**

Strumpf-Gamaschen
Kunstseide platt. u. innen gerauht farbig u. schwarz Mark **2.75**

BURCHARD 7789

Das schönste 7614
WEIHNACHTS-GESCHENK
ein
Telefunken-Apparat

Sie hören den Großsender Mühlacker mit unserem Qualitätsdetektor zu Mk. **9.50**
Günstigste Zahlungsbedingungen

Piano- u. Rundfunkhaus Schoch
Hauptgeschäft Rüppurrer Straße 82 / Verkaufsstelle Herderstraße 9

Badisches Landestheater
Mittwoch, 10. Dez.

4. Sinfonie-Konzert
Leitung: Josef Krips
Solist:
Alfred Hoehn (Klavier)
Sinfonischer Tanz aus der Oper „Die baskische Venus" (Erstaufführung)
Wetzler-Klavierkonzert (Erstaufführung)
Dobrowen
VI. Sinfonie h-moll pathétique Tschaikowsky
Anfang 20 Uhr
Ende gegen 22 Uhr
I. Rang und I. Sperrsitz 5.00 ℳ
1750

D. 11. 12. Das Lamm des Armen. Fr. 12. 12. Carmen. Im Konzerthaus Meine Schwester und ich. Sa. 13.12. Nachmittags: Der große Christoph, abends: Der Kaufmann von Venedig. So. 14. 12. Nachmittags: Zar und Zimmermann. Abends: Cavalleria rusticana. Hierauf: Der Bajazzo. Im Konzerthaus Meine Schwester und ich. Mo. 15. 12. Die Nibelungen II. Abteilung. In der Festhalle: 1. volkstümliches Konzert.

---

2 gut erh. **Gaslampen**, 1 kleiner **Gasheizofen** billig zu verkauf. M1405 **Uhlandstr. 11**, 4. St. l.

Konsumverein Durlach und Umgegend
Eingetr. Genossenschaft m. b. Haftpflicht

Vom 10. bis einschließlich 31. Dezember 1930 findet in unserer Verteilungsstelle

Durlach, Zehntstraße 2
ein
Weihnachts-Verkauf
in
Schuhwaren
statt. Wir gewähren während dieser Zeit
Doppelte Rückvergütungs-Marken
auf sämtliche Schuhwaren.

Außerdem machen wir auf einen Posten **warmer Schuhe zu herabgesetzten Preisen** aufmerksam.

Wir bitten unsere Mitglieder von dieser Gelegenheit recht regen Gebrauch zu machen.

Der Vorstand.

Verkauf nur an Mitglieder!

Fleißiger, junger Mann **(Holz-) Maschinenarbeiter sucht Arbeit** gleich welcher Art. Offert. unt. Nr. 7782 an das Volksfreundbüro.

Freier Hausfrauenbund, Karlsruhe
Donnerstag, 11. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im „Friedrichshof" — Jagdzimmer —

Vortrag
von Frau **L. Kähler**, Berlin.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder sowie die Frauen der sozialdem. Frauensektion, der Bitte um zahlreiches Erscheinen, herzlichst ein

Die Vorstandschaft.

Die Bauabteilung Kinzig in Kehl, Kriemhildstraße 4, vergibt das Los III der Erdarbeiten für die Kinzigverlegung bei Kehl mit 55 000 cbm Erdbewegung. Angebotsvordrucke sind gegen Voreinsendung von 4.00 RMk. von der genannten Dienststelle zu beziehen, wo auch die Planunterlagen eingesehen werden können. Führung über die Baustelle am 11. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, und am 16. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, vom Baubüro an. Eröffnungstermin: 19. Dez. 1930, vormittags 10 Uhr 15, bei der Bauabteilung Kinzig in Kehl. Zuschlagsfrist bis 5. Januar 1931.

Badische Hochschule für Musik

Alte und neue Weihnachtsmusik

am Sonntag, den 14. Dezember 1930, abends 8 Uhr, im großen Saal der Städt. Festhalle
Veranstaltet durch den Bad. Kammerchor
Mitwirkende: Das Bad. Kammerorchester.
Leitung: Jos. Peischer. Orgel: Wilh. Krauß.
LEITUNG: FRANZ PHILIPP

1. Vorspiel u. Choral für Orgel u. Chor Bach
2. Präludium u. Fuge G-Dur für Orgel Bach
3. Alte Weihnachtslieder für 4stimmigen gemischten Chor a capella
4. Concerto grosso Nr. 8 . . . . . Corelli
5. Krippenlieder für Singstimmen und Orgel . . . . Haas
6. „Invocation" für Orgel . . . . . Reger
7. Alte deutsche Weihnachtslieder für vierstimmigen Chor a cappella Satz von Franz Philipp
8. Weihnachtsevangelium nach dem Evangelisten Lukas . . . Franz Philipp für Sopran, Bariton, gemischten Chor und Orgel 1751

Karten zum Einheitspreis von Mk. 1.— bei den Musikalienhandlungen

---

Grammophonmechaniker
macht Reparaturen billigst u. Ersatzteile
Soldinger, **Rüppurrer Straße 8**

Gaggenauer Gasherd
neuestes Modell RM. **95.-** 7711
Otto Stoll Eisenwaren Kaiserplatz

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)
Geschäftsstelle (nur briefl. Anfrag.) Baumeisterstr. 32, Stb. II
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack", jeden Mittwoch „Unter den Linden" Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee, jeweils v. 6-7½ Uhr

---

Das dunkle Starkbier in altbekannter Güte
ab 14. Dezember im Ausschank

Brauereigesellschaft vorm. S. Moninger — Bertold Bräu — Karlsruhe

7778

Rastatter Anzeigen

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Nachdem im Farrenstall der Gemeinde Oetigheim die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wird die Abhaltung des am Donnerstag, den 11. des Mts. in Rastatt fälligen Rindviehmarktes **verboten**. Der Schweinemarkt findet statt; jedoch ist die Beschickung von Schweinen und der Zutritt von Personen aus dem Seuchenort Oetigheim **verboten**.

Rastatt, den 9. Dezember 1930. 1753

Der Oberbürgermeister.

Gaggenauer Anzeigen

Lehrgang im Rebschneiden betr.

Die Landwirtschaftliche Schule in Rastatt teilt mit:

„Im Januar 1931 veranstaltet die Landwirtschaftliche Schule Rastatt zwei Lehrgänge im Rebschneiden. Die Lehrgänge, die unentgeltlich abgehalten werden, finden im freien Rebberg statt, und zwar je einer auf der Gemarkung Kuppenheim und einer auf den Gemarkungen Hörden-Ottenau. Nähere Mitteilung über den Zeitpunkt der Lehrgänge folgt noch."

Es wird dies jetzt schon bekannt gegeben, damit diejenigen, die im Rebschneiden nicht sicher sind, sich noch vor dem Schneiden ihrer Reben die nötigen Kenntnisse erwerben können.

Gaggenau, den 8. Dezember 1930. 1754

Der Bürgermeister.
Schneider.

Hochzeit-, Cutaw.-Smoking u. Frack-Anzüge, fast neu, staunend bill. abzug. 7556 **Zähringerstr. 58a, II**

Zimmer, einf., schön möbl., mit Licht, heizb., sof. zu verm. **Seminarstr. 2 V.** S1404

Einf. möbl. **Schlafstelle** zu verm. **Waldhornstr. 21**, Stb. 4. St. bei Krieg. K1407

Großes leeres **Zimmer** sofort zu vermiet. Z1406 **Akademiestr. 49** II.

Mod. Kinderwagen billig zu verkaufen S1399 **Winterstr. 21**, 3. St. l

---

Gelegenheitskäufe:
2 Schlafzimmer
wenig gebraucht, wie neu
RM. 250 RM. 200
Möbelhaus
Carl Baum & Co.
Erbprinzenstr. 30
Kein Laden.
Ständiges Lager über 100 Zimmer und Küchen 7786

Das gute BUCH

[redacted]

ist immer mehr wert als es kostet. Ueberlegen Sie nie lange, was sie schenken sollen. Schenken sie Bücher, sie schenken dann das Beste. Eine gewaltige Auswahl in klassischen und modernen Werken finden Sie in unserer Buchhandlung. Zufällig nicht vorrätige Bücher werden selbstverständlich in kürzester Zeit besorgt

Volksfreund-Buchhandlung
KARLSRUHE, WALDSTRASSE 28 ● FERNSPRECHER 7020/21

Laute, Gitarre, Mandoline, Clarinette, Oboe, Ziehharmonika Violine, ferner **photographische Apparate, Operngläser, Feldstecher und Prismengläser**, alles Gelegenheitskäufe, billig zu verkaufen. 7764
Levy Markgrafenstr. 22. Ecke.

BRILLEN-KLOUDA
Kaiserstraße 128, 1 Treppe
Lieferant sämtl. Krankenkassen! Lager in Brillen u. Zwickern sowie Barometern, Operngläsern usw.
Optische Reparaturwerkstätte
Reparaturen werden rasch und gut unter billigster Berechnung ausgeführt.
Kein Laden, daher billig 7777

Colosseum
Täglich 8 Uhr:
Die Weltsensation Kapitän Winston's tauchend. Wasserlöwen u. Nymphen
dazu das 7605
Elite-Varieté-Programm

Frack-, Smoking-Gehrock-Anzüge verleiht
Franz Heck, Gartenstr.

Kindermehl muß **Gemüse** enthalten sagt der Arzt! Verlangen Sie **Roth's** Gemüsezwieback in den Apotheken und Drogerien.

Die neuesten
Radio
Netzanschluß Europa-Empfänger m. Lautsprech. ℳ **99.-**
Lumophon Mende, A.E.G.
Auch Teilzahlung. Vorführung im Heim ohne Kaufzwang
Nehme Sprechapparate in Zahlung
J. Piasecki, Luisenstr. 50

Küchen
amerik. Kiefer, m. Tisch und Stühlen 190.—, 225.—, 295.—, Garderoben 30.—, 43.—, 50.—
E. Schweitzer
K'ruhe-Mühlburg Rheinstr. 12.

Bruchsaler Anzeigen

Bürgersteuer.

Laut Beschluß des Bürgerausschusses vom 5. Dezember 1930 wird in der Stadt Bruchsal die Bürgersteuer vom Rechnungsjahr 1930 an die Vorschriften nach Maßgabe der ergangenen Vorschriften des Reiches und des Landes erhoben. Der Beschluß wurde durch die Staatsaufsichtsbehörde am 6. Dezember 1930 für unbeanstandet erklärt.

Der Wortlaut des Gemeindebeschlusses wird durch Anschlag an der Verkündigungstafel am Rathaus bekanntgegeben.

Bruchsal, den 6. Dezember 1930.

Der Oberbürgermeister.

Praktisch! Billig und gut!

Weihnachts-Geschenke!
aus dem ersten und größten Spezialhaus

Steppdecken mehrere 100 Stück la Fabrikat . . . von **9.50** an
Schlafdecken neueste Muster von **5.50** an
Kamelhaardecken in allen Preislagen
Daunendecken in Satin und Seide
Chaiselonguedecken sehr preiswert
Kinderbetten komplett und einzelne Teile
Puppenbetten, Puppenwagen
Kissen in jeder Ausführung sofort fertig

Aller Versand frei mit Auto und Bahn

Betten-Buchdahl
Karlsruhe, Kaiserstraße 166
bei der Post